

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7676.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 nels oder deren Raum 40 Pf., für
 Bericht- und Besprechungs-Anzeigen,
 sowie Anzeigensätze 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kontospender: Bank f. M. 1898.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 21. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Aus Frankreich.

Paris, 18. Januar.

Die Agitation der militärisch-chauvinistischen Kreise um die Dreyfus-Affäre hat sich nun mit aller Deutlichkeit als ein neuer Boulangerismus-Schwindel entpuppt. Der nicht stattgefundenen „Verrath“ des jüdischen Offiziers, die Unfehlbarkeit der geheimen Militärjustiz, die Heiligkeit der „Armee“, d. i. der militärischen Oligarchie, die „Wohlfahrt des Vaterlandes“ — all diese Schlagworte werden von den bezeichneten Kreisen immer frecher im Interesse einer Militar-militarischen Reaktion ausgebeutet. Die tapfere Einnahme Emile Zola's hat die mehr oder minder aufrichtige „patriotische“ Entrüstung des Lichtscheuers Pöbels bis zu Krampfanfällen gesteigert. Um so mehr, als die Gerichtspraxis des Prozesses Esterhazy schließlich die bis dahin eingeschickerten sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Elemente ausgerüttelt hat. Es wird nun alles ins Werk gesetzt, um den Schein zu erzeugen, als stände die Masse hinter dem Häuflein der reaktionären Demagogen. Seit vielen Tagen hören die Straßen-Rundgebungen der „katholischen“ Studenten nicht auf. Aber es sind immer dieselben Radomacher, die Zola „bespucken“, den Lumpen Esterhazy und im gleichen Athem die Krone anheben und „Lob den Juden!“ rufen. Neben den in Militar-Kreisen Anhängern der zogenen Studenten beteiligen sich am Radau nur die aus der Boulangeristen-Bewegung bekannten Gestalten des Pariser Jahngelds. Mehrere Elemente sind es hauptsächlich, die ihrer Armeegeneration in den letzten Tagen auch durch Einwerfen von Schaulustern in jüdischen oder mit jüdisch klingenden Namen gekennzeichneten Geschäftsbüchern Ausdruck geben. Die große Masse mag vielleicht — infolge der monatelangen von der einen Seite laut und frech betriebenen Propaganda und des von der anderen Seite beobachteten vorsichtigen Schweigens — in ihrem Urtheil getrübt worden sein; sie nimmt aber an dem Treiben keinen Antheil.

Das zeigte sich schlagend in der gestrigen Veranstaltung der neuen Boulangeristen. Ihr erster Versuch, in einer Volksversammlung die Pariser Masse zu födern, ist jämmerlich mißlungen. Die Versammlung vom 17. Januar, die eine „Nationale Rundgebung“ gegen das „Konkordat des Verrathes“ (sic) gegen die Gegner des Justizverbrechens des Generals gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses sein sollte, endete aber vielmehr begann mit dem Reizens der Veranstalter vor den feindseligen Rundgebungen der Mehrheit. Das liebliche Paar, Rochefort und Drumont, die „Schreipräsidenten“ der Versammlung, waren vorsichtigerweise zu Hause geblieben. Auch der schwindlerische Kniff der Wacker, eine Reihe von radikalen und sogar sozialistischen Abgeordneten in den Plakaten auf derselben Redezeitung mit den hochadligen Militar-monarchistischen Abgeordneten figurieren zu lassen, hatte nichts genutzt. Was von den Arbeitern zur Versammlung kam, protestirte in überdeutlicher Weise gegen die Militar-chauvinistische Wacke.

Die Herren vom „Säbel und Weihwedel“, wie die Hejertreffend gebrandmarkt wurden, haben ihre Karten zu früh aufgedeckt. Im Unterschied vom alten Boulangerismus ist im neuen glücklicherweise der Militar-reaktionäre Pöbelismus von Anfang an aller Welt sichtbar. In der sozialistischen und radikalen Presse wird energisch vor dem „Bunde des Säbels und des Weihwedels“ gewarnt. Die Bezeichnung trifft den Nagel auf den Kopf. In der That, hinter dem Generalstab, der die Aufzählung seiner Wackerheiten in der Affäre Dreyfus-Esterhazy durch die Gasse gegen Juden und Protestanten und gegen alle Zweifler überhaupt zu vertheidigen sucht, steht die Militarische Partei, die aus der Gasse für sich politisches Kapital schlagen will. Das paßt vortrefflich zusammen, da der Generalstab demnach Militar ist, daß der kirchensoumme Kriegsminister selber ihn einmal in einem Anfall von Freimuth „Jesuiten-Netz“ (jesuitique) nannte. Und der parlamentarische Oberbefehl, Graf de Mun, der zweimal von der Regierung und der Kammer die Heiligsprechung des Generals erlangte, ist die lebendige Verkörperung des Bundes zwischen Säbel und Weihwedel, in seiner dreifachen Eigenschaft als Kürassier-Offizier, Schlächter der Pariser Arbeiter in der blutigen Ranzwaiche und demagogischer Gründer von Militarischen Arbeiterzirkeln.

Also ein bißchen Energie seitens der Sozialisten ohne Rücksicht auf den auch sozialistischen politischen Abenteuerer Rochefort, — und der neue Boulangerismus-Schwindel kann im Keime erstickt werden.

Wie ernst es die Militaristen mit der Rettung Frankreichs durch den Nachweis der Schuld des Dreyfus meinen, zeigte sich wieder in der gestrigen Kammerverhandlung. Der radikale Cavalagnac, der die „moralische Sicherheit“ besitzt, daß Dreyfus mir nichts dir nichts nach seiner Verurteilung, einige Minuten vor der Degradations-Zeremonie dem Hauptmann Lehmann-Demant gegenüber „Gesandnisse“ gemacht habe, hatte bereits in der Sitzung vom 18. Januar die Veröffentlichung dieser Gesandnisse verlangt. Die Regierung antwortete nach vier Tagen, angeführt des Lärms der Generalstabs-Presse, mit einer jesuitisch-gewundenen Pressemitteilung, wonach das betreffende Dokument unter anderem im Interesse der Staatssicherheit (?) nicht bekannt gegeben werden könnte. Diese Ausflucht des Cavalagnac zu einer neuen Interpellation. Melme, seiner ewigen Lügen nicht nur überdrüssig, sondern auch mit denselben immer weniger Wirkung erzielend, weigerte sich, die Interpellation sofort zu beantworten. Was thaten nun die Militarischen Patrioten, die sie in der gleichen Sitzung eine ähnliche Interpellation eingebracht hatten? Als der Ministerpräsident in der Frage des Datums die Kabinettsfrage stellte, da wurden sie plötzlich anderen Sinnes und retteten ihr theures Ministerium, indem sie für Ausschließung der Interpellation stimmten.

Was die angeblichen Gesandnisse des Dreyfus betrifft, so haben mehrere Zeugen, denen der Hauptmann Lehmann-Demant am gleichen Tage über seine Unterredung mit Dreyfus berichtete, erklärt, vor Gericht ansagen zu wollen, daß der Hauptmann mit keinem Wort von Gesandnissen gesprochen hätte. Zudem sind die Gesandnisse aus tausend und einem Grunde psychologisch unmöglich, nachdem Dreyfus allen moralischen Forderungen der Unternehmung zum Trotz vor und nach dem Prozeß fortwährend seine Unschuld behauptet hatte.

In dem Manifest, das, wie wir gestern kurz mitgeteilt haben, die sozialistischen Deputirten erlassen haben, heißt es u. a.:

„Seit der Agitation in der Affäre Dreyfus wird die Sache immer mehr verwickelt und verworren und die Macher auf beiden Seiten sind bestrebt, die Unklarheit zu vergrößern. Das Proletariat verlangt Klarheit und seine Abgeordneten sind bemüht, sie zu schaffen. Warum hat die Dreyfus-Affäre so große Dimensionen angenommen? Weil sie der Kampfplatz geworden ist für die zwei Gegner innerhalb der Bourgeoisie, die Opportunisten und die Militaristen. Dieselben Parteien, die sonst einig sind, wenn es gilt, gegen die Arbeiter zu kämpfen, sie zu unterdrücken, streiten sich hier um den Antheil an der Beute. Die Militaristen benützen die alten Vorurtheile gegen die Juden, um gegen diese den Pöbel zu hegen; auf der anderen Seite haben die jüdischen Kapitalisten nach mancherlei Standbalden, die sie diskreditirten, das Bedürfnis, sich ein wenig zu rehabilitiren, damit ihnen der Antheil an der Beute verbleibt. Gelänge es ihnen, diesen Einem rein zu waschen, so würden alle Panamisten davon profitieren. Und während die einen rufen: „Frankreich den Franzosen“ und damit meinen, daß Frankreich ihnen, ihrer Klasse, zur Auspöberung überlassen bleiben soll, schreiben die andern sich selber nach „Gerechtigkeit“, nach dem „heiligen Recht der Vertheidigung“ — die Yves Guyot, die Trarieux, die jeder Insieme gegen die Arbeiterklasse zustimmen und sie unterstützen.“

„Bürger! In diesem Kampfe ist alles Heuchelei und Lüge! Nicht Euch nicht in den Streit! Bewahrt Eure vollständige Neutralität zwischen Reinach und de Mun. Wir Sozialisten haben keine Ursache, uns für oder gegen jüdische oder christliche Kapitalisten zu entscheiden, wir bekämpfen beide. Und gegen was wir weiter zu wenden haben, das ist die Oligarchie der Krone.“

„Die Korruption der Bourgeoisie und die der Armee haben diese Zustände gezeitigt. Zerplüßern wir nicht unsere Kräfte, kämpfen wir gleichermäßen gegen das Kapital, gegen die Dogmen und gegen den Säbel für die soziale Republik.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. Januar.

Aus dem Reichstage. Heute hatte Herr v. Stumm sein Material mitgebracht und über eine volle Stunde erzählte er den paar anwesenden Abgeordneten, was diese längst schon wußten, daß er, Stumm, Arbeiterorganisationen nicht leiden mag, daß die Führer der Arbeiterbewegung sind, die sich durch den Betrug, den sie an den Arbeitern ausüben, bereichern u. s. w. Auch daß er den Pfarrer Raumann nicht leiden mag, und daß er diesen sogar noch für schlimmer hält, als die sozialdemokratischen Agitatoren, wiederholte der Schloßherr von Neunkirchen, um dann zum Nachweis des von den Arbeitern gegen sogenannte Arbeitswillige gerichteten Terrorismus überzugehen. Derselbe bestand darin, daß Herr v. Stumm aus gerichtlichen Erkenntnissen vorlas, mit welchen drakonischen Strafen einzelne deutsche Gerichtshöfe streikende Arbeiter heimsuchten für Handlungen, die an Nichtstreikern mit Geld- oder leichten Haftstrafen geahndet werden.

Das Verlangen der christlichen Bergarbeiter, den Jahreslohn auf 1500 Mk. zu erhöhen, bezeichnete der vielsache Millionär, der ein Jahreseinkommen von über 2 Millionen versteuert, als eine maßlose Forderung. Seiner Gewohnheit gemäß proklamirte Herr v. Stumm, daß die Resolution Pachnide nicht vom Reichstage angenommen werden darf und daß die Regierung dieselbe niemals akzeptiren würde. An diese Ueberhebung knüpfte unser Genosse Fischer an, um zu zeigen, wie weit die Ueberhebung des Neunkirchner Schloßherrn bereits gediehen sei und wie er sich als Herr der Lage fühle. Fischer polemisirte dann ebenso scharf wie glücklich gegen die Ausführungen Stumms, dem er seinen Terrorismus gegen die Arbeiter und gegen allen und jeden, der sich erlaubt, abweichender Meinung zu sein, kräftig auftrieb. Unser Redner erörterte dann die Versuche, die Februar-Erlasse als durchgeführt darzustellen, und bezeichnete er diese Versuche als drehen und deuteln an kaiserlichen Worten, was bei Thron- und Staatsstößen geradezu an Majestätsbeleidigung grenze. Die Februar-Erlasse sind nicht ausgeführt und sie sind heute mehr als jemals Papier und nichts als das.

Die Rede Fischers war eine Abrechnung mit dem neuen Kurs und seinem neuesten Bannerträger, dem Grafen Posadowsky, wie sie sich der letztere wohl nicht versehen hatte. Die Rede fielen hagelnd und wie sie saßen, das bewies die stellenweise geradezu dramatische Aufregung, die sich der Parteien der Rechten und der Nationalliberalen bemächtigte, wenn der Redner wieder einen der scharfgespißten Pfeile abschob.

Graf v. Posadowsky erhob sich sofort, nachdem Fischer geendet, um den ausgezeichneten Ausführungen unseres Genossen das beste Zeugnis auszustellen und ihre Bedeutung anzuerkennen, indem er von der Rede als von einem „Scheinwerfer“ sprach. Nun diese Bezeichnung können wir uns gerne gefallen lassen. Die Genossen werden dafür sorgen, daß dieses Licht auch dahin leuchtet wird, wo es am nothwendigsten ist. Sonst sei aus der Rede des Staatssekretärs hervorgehoben, daß derselbe auch Erhebungen über den von Streikenden angeblich verübten Terrorismus gegenüber Arbeitswilligen veranlassen werde. Es sollen also alle Magazine gefüllt werden, um den Krieg gegen das Koalitionsrecht im nächsten Reichstage mit aller Kraft führen zu können.

Die Arbeiter sind also gewarnt und sie werden bei den Wahlen die gebührende Antwort geben.

Nach dem Staatssekretär erhielt der nationalliberale Rumpfschmidt Gorn das Wort, wohl um den Beweis zu erbringen, daß es auch in dieser Partei Leute giebt, die einmal Arbeiter — gewesen sind.

Morgen Mittag 2 Uhr Fortsetzung.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriebt heute den Gesetzentwurf betr. Abänderung des Gesetzes über die Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen.

Das vielumstrittene Gesetz vom 28. April 1886 stellte bekanntlich 100 Millionen zur Verfügung, um durch Selbstmachung deutscher Landwirthe die Polen in Westpreußen und Posen zurückzudrängen. Von den 100 Millionen waren bis Ende 1896 66 Millionen ausgegeben worden zum Ankauf von 188 Steigenschaft mit einem Flächeninhalt von 92 724 Hektaren. Weiters beträchtliche Ausgaben sind dann daraus erwachsen, daß die erstandenen, vielfach verwaarlosten Güter erst meliorirt wurden, daß man für die in Aussicht genommene, mehr häuerliche Bewirtschaftung Wege, Gräben, Gebäude schaffen, für die neuen Gemeinden bestimmte Einrichtungen sichern mußte. Da von den erworbenen 92 724 Hektaren noch rund 66 000 Hektare unbesiedelt sind und noch wesentliche Ausbesserungskosten verursachen werden, so kann man den 100 Millionen-Fonds in der That als nahezu erschöpft ansehen, auch unter Berücksichtigung der zeitweiligen Einnahmen der Ansiedlungskommission. Diese hätte also im nächsten Etatsjahre bereits mit der Abwicklung ihrer Geschäfte zu beginnen. Dies hieße — meint die Regierung in der Begründung der Forderung von abermals hundert Millionen — der kolonialisatorischen Arbeit mitten in ihrer Entwicklung und ihren Erfolgen Halt gebieten und überdies zu einem Zeitpunkte, wo die starken Gegenströmungen einen besonders kräftigen Schuß des Deutschthums erfordern.“

Wir haben schon öfter nachgewiesen, daß die erwartete Verstärkung des Deutschthums in der That nicht erreicht worden ist. 40,9 pCt. aller Gutsbesitzer stammten nach der letzten Vörschrift aus den Ansiedlungsprovinzen selber; auf der anderen Seite hat der Druck den Gegenruck erzeugt und eine, freilich nicht staatlich unterstützte polnische Kolonisationsbewegung hervorgerufen, die sich mancher Erfolge rühmt; mit dem preussischen Staatsgeld ist ferner mancher ausgekauft Schlachtzug wieder zu Kräften und zu anderem Landbesitz gekommen. Eines hat der Staat vielleicht erreicht, er hat „Nachfrage nach Grundbesitz“ geschaffen und so die Landpreise halten helfen. Den alten Besitzern ist dadurch manche Sorge abgenommen worden, aber die neuen Käufer von Gütern — nicht nur von Ansiedlungsgütern — sind dafür um so schwerer belastet. Die große Zahl der Stundungen und Erlasse von Pachten und Renten beweist lehr schon, daß der letzte große Ankauf der Bismarckschen Nationalitätspolitik wohl zu Verlegenheiten für die preussischen Finanzen, niemals aber zu einem entsprechenden Erfolge führen kann.

Daß es ein sogenannter „großer Tag“ war, bewies die starke Befegung des Hauses und der Tribüne, sowie die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe, der die Staatsaktion gegen die Polen mit einer wohl vorbereiteten Erklärung einleitete. Die Polen begnügten sich mit einer Protesterklärung und beteiligten sich im übrigen nicht weiter an der Debatte. Ob dieses Vorgehen taktisch richtig ist, bleibe dahingestellt. An dem Schicksal des Entwurfs werden sie jedenfalls auch durch die schärfsten Reden nichts ändern können, da das Gesetz von der konservativen Nationalliberalen Mehrheit mit großer Stimmzahl angenommen werden wird. Die Freude über das Einbringen der Vorlage dokumentirte sich bereits äußerlich durch den großen Beifall, mit dem diese beiden Parteien die Ministerreden begleiteten und durch den betäubenden Lärm, mit welchem sie die Reden der Gegner aufnahmen. So lebhaft ist es lange nicht im Hause zugegangen.

Gegen das Gesetz sprachen die Abg. Im Walle und Rad-byl vom Centrum und in sehr geistreicher und satirischer Weise Abg. Munkel (fr. Sp.).

Der Minister des Innern, zu dessen Ressort das Gesetz gehört, griff nicht in die Debatte ein. Herr v. d. Mecke, der seine ganz besondere Fähigkeit, große Vorlagen zu Falle zu bringen, in der vorigen Session so glänzend dokumentirt hat, schloß sich aus und überließ die Vertheidigung seinen geschickteren Kollegen, dem Landwirtschaftsminister Frey v. Hammestein und dem vielgewandten Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Miquel. Die Rede des letzteren war hauptsächlich darauf berechnet, das Centrum zu gewinnen. Aber selbst Herrn Miquel's Beredsamkeit wird es nicht gelingen, diese Partei von der Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Polen zu überzeugen. Die schwerwiegenden Bedenken Munkel's zu entkräften, bleibt der Minister nicht für nötig, er begnügte sich mit einem Aufsatze gegen die Freilühner, deren Reden auf die Regierung und auf die Parteien des Hauses keinen Einfluß ausüben könnten. So sicher ist Herr v. Miquel seiner Sache.

Von den Rednern, die für die Vorlage eintraten, erblickte Abg. Seydewitz v. d. Vasa (L.) in dem Entwurf eine Kulturarbeit ersten Ranges, blieb jedoch den Beweis für diese lächerliche Behauptung schuldig. Abg. Camp (fr.) sprach heute noch unverständlicheres Zeug als sonst. Daß auch der Polenpresse Dr. Sattler (nat.) sich in längeren inhaltlosen Ausführungen erging, ist selbstverständlich; ohne einen Speech von ihm geht es bei einer Polendebatte niemals ab.

Die Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am Montag stattfindet, steht das Amtsklausions-Gesetz und das Komptabilitäts-Gesetz.

Eine Streikstatistik läßt der Graf Posadowsky vornehmen. Durch wen, sagt er nicht. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik ist mit dieser Arbeit nicht betraut worden; die ist den Herren Posadowsky, Stumm und Konforten unheimlich, da sind die Vertreter der Unternehmer und die Bureaukraten nicht unter sich, da werden auch Arbeiter über ihre Angelegenheiten vernommen, die ist ungeeignet zu der Tendenzarbeit, die die Vorbereitung der lex Posadowsky erfordert. Die bisherige Statistik der „Streikvergehen“ taugt für die um und hinter Stumm nicht, es muß etwas Funkelnagelnes geschaffen werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt eine Zusammenstellung der seit 1892 stattgefundenen Streiks nach den von der Generalkommission veröffentlichten Statistiken. Daneben bringt sie die auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung erfolgten Verurtheilungen nach amtlichen Quellen. Danach kamen auf je 1000 Personen, die von 1892—1896 an Streiks theilhaftig waren, 8,1 Personen, welche zu einer Verurteilung Anlaß gaben.

Und das trotz allen Eifers der Staatsanwälte und allen Spürsinn der Polizei. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Kriminalstatistik wohl exakt, also wohl keinen Straffall ausgelassen haben wird, dagegen die Zahl der Streiks und der Beteiligten viel höher sein dürfte, als die General-Kommission angeben kann.

Preussischer Strafvollzug. Unserem Parteigenossen Reichs- tags-Abgeordneten Dr. Lütgenau, der im Gefängnis in Herford wegen Majestätsbeleidigung eine dreimonatige Freiheitsstrafe verbüßt, war zwar die Selbstbeschäftigung verweigert worden, man hatte ihm aber erlaubt, zu gewissen Stunden die polnische Sprache zu studieren. Seit Weihnachten ist ihm, wie unser Dortmund-Partei-Organ mitteilt, diese Vergünstigung wieder entzogen. Warum, weiß unser Bruderorgan noch nicht. Da Lütgenau am 18. Februar das Gefängnis verläßt, wird man ja bald hören, womit die Strafvorschärfung — als eine solche wirkt die Maßnahme wenigstens — begründet wurde. Die Thatsache allein zeigt aber wohl schon deutlich genug, daß in Preußen nach wie vor der wegen politischer Vergehen Beurtheilte nicht besser behandelt wird als der gemeine Verbrecher. Wie nachtheilig das Kerkerleben ohnedies auf den Gefangenen einwirkt, zeigt die Thatsache, daß Lütgenau trotz, wie er schrieb, „guter und reichlicher“ Gefangenkost, in den zwei Monaten seiner Gefangenschaft um 11 Pfund an Körpergewicht abgenommen hat.

Der Import chinesischer Kulis nach Deutschland. Bereits gestern berichteten wir über die Bestrebungen des Herrn Heinrich Soburey, der bekanntlich der geistige Leiter des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande ist, den deutschen Agrariern billige chinesische Kulis als Landarbeiter zuzuführen und dadurch den deutschen Arbeitern die schärfste Konkurrenz zu bieten, indem man ihnen die „gelbe Pest“, wie die Amerikaner sagen, auf den Hals heßt. Der „Deutschen Tageszeitung“ ist der Kasus begriffsicherweise höchst unbehaglich; sie schüttelt 1. Herrn Soburey von den Hochschöben der Agrarier ab und 2. nennt sie unsere ganze Notiz „ein ergötzliches Mißverständnis des Vornamens“, und behauptet, Soburey habe nur ironisch geschrieben. Dem ist sicherlich nicht so. Doch selbst wenn wir dies zugestehen könnten, was könnte das der biedereren „Deutschen Tageszeitung“ nützen. Dies geht aus der weiteren von uns beigebrachten agrarischen Pressstimme für den „Kuli-Import“ hervor. Die Niederlassung Deutschlands in China muß wohl diese Bestrebungen, die schon öfters in deutschen agrarischen Kreisen hervorgetreten sind, besonders begünstigen und ausichtsreich erscheinen lassen, denn in der vom hessischen Landwirtschaftsrath herausgegebenen „Zeitschrift für die landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen“ finden wir eine Fußschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiter in Deutschland vielfach die Landarbeit verlassen, um in der Stadt mehr zu verdienen. Dieses vermag sie jedoch auch dort nicht zuzufrieden zu stellen, denn je mehr sie verdienen, desto mehr haben diese häufig rohen Naturen zur Beschwichtigung ihrer unbegrenzten Genußsucht notwendig.

Dann fährt dieser Volksfreund fort:

„Das ist dann der Grund, weshalb sie sich auch dorten häufig nicht wohl genug fühlen, sich zusammenrotten, noch längere Arbeitszeiten und höheren Lohn verlangen, und je mehr ihnen dann nach und nach zugestimmt wird, desto auspruchsvoller, rücksichtsloser, verunkennbarer und unzuverlässiger werden. Mit einem Wort, sie können sich auf dem Lande sowohl als in der Stadt das alles erlauben, weil ihnen gegenüber eine richtige Konkurrenz fehlt und sobald diese hergestellt ist, wird sich manches ganz von selbst ändern. Darum aber kann es den von Arbeitern entblödeten Bauern und Bürgern auch niemand verargen, wenn sie sich nach Hilfe umsehen, welche nötig ist, wenn der Bauernstand nicht untergehen soll, und er darf nicht untergehen, denn der Bauernstand ist in der That eine Hauptstütze und ein Hauptnährstand unseres Vaterlandes, und wer heute den Nährstand zu Grunde gehen läßt, hat morgen den Wehrstand vernichtet. Es wäre darum an der Zeit, einen Versuch zu machen und die sehr qualifizierten, arbeitsamen, nützlichern und genügsamen Chinesen hieher zu bringen, welche mit guten Barackenwohnungen, mit einfacher guter gesunder Kost und verhältnismäßig mit geringem Gehalt vortrefflich nehmen. Jeder Arbeiter, welcher vorerst auf Kosten unserer Landwirthe aus China hieher gebracht wird, müßte sich gegen einen bestimmten Gehalt auf eine etwa dreijährige Dienstzeit verpflichten, er müßte gesund und kräftig sein, die landwirtschaftlichen Arbeiten kennen und etwa 100 deutsche Worte sprechen und verstehen, auch sollte er nicht über 40 Jahre und nicht unter 20 Jahre alt sein. Ebenso gut wie man hier schon seit Jahren die theueren hessischen Arbeiter verwendet, ebensogut könnte man es doch auch einmal mit den leicht zu behandelnden, genügsamen vielseitigen Chinesen probiren. . . Es ist allenthalben ein sehr gewöhnliches altes Verfahren, wenn z. B. in einem Lande das Getreide u. s. w. in Qualität oder Quantität gering und theuer ist, solches aus einem anderen Lande, wo man es besser und billiger erhalten kann, kommen zu lassen. Darum, möchte ich fragen, hat man in dieser Arbeiterfrage nicht schon längst ähnliche Schritte gethan?“

Wir wollen nicht weiter auf den „Patriotismus“ dieses Mannes eingehen, welcher Patriotismus darin besteht, die deutschen Arbeiter mittels der chinesischen Konkurrenz auszuhungern und niederzukonkurriren. Auch die Gedankenverwirrung dieses biedereren agrarischen Patrioten möge auf sich beruhen, wenn er z. B. schreibt, der „Bauernstand“ sei die Hauptstütze der Wehrkraft des Landes — als ob nicht die deutschen Regimenter sich vornehmlich aus den Reihen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter rekrutirten; oder wenn er schreibt, man müßte ja auch ausländisches Getreide ein, wenn das inländische zu theuer sei — dabei aber vergißt, daß es gerade die deutschen Agrarier sind, die sich mit Händen und Füßen hiergegen wehren. Von den geringen agrarischen Beirathspolitikern erwarten wir nichts anderes, als den kräftesten Eigenwitz mit Hintansetzung aller Rücksicht auf andere Bevölkerungsklassen.

Die deutschen Regierungen mögen sich hüten, sich diesen agrarischen Plänen gegenüber irgendwie entgegenkommend zu verhalten, etwa, wie es Herr Soburey nicht ungern zu sehen scheint, mit den heimkehrenden Kriegsschiffen „die ersten Importen dieser nützlichern, fleißigen Drachensöhne“ mitzubringen. Die Bevölkerung Amerika's und Australiens hat bitter genug unter dieser gelben Einwanderung zu leiden gehabt, bis diese Einwanderung später durch Gesetze erschwert oder unmöglich gemacht wurde. — Die deutschen Arbeiter sind nicht gewillt, sich in ihren Lebensansprüchen auf das Niveau der chinesischen Kulis herabdrücken zu lassen; sie können sich nicht, wie jene, von Reis ernähren oder zu Tuzenden in einem von Ungeziefer wimmelnden Schuppen kampiren. Und eine solche Entwicklung läge auch weder im Interesse der Wehrkraft und der Steuerkraft des Landes, noch im Interesse der inländischen Volkswirtschaft, da sich der Abfall mit der Verelendung der deutschen Arbeiter bedeutend vermindern würde. Wir sind nicht überzeugt, daß die deutsche Regierung sich die Erfahrungen

anderer Länder zu nütze machen und etwaigen agrarischen Zumuthungen widertreten werde. Jedenfalls würde sich die deutsche Arbeiterklasse zu schärfster Opposition veranlaßt finden, wenn die Regierung die Einwanderung der Kulis irgendwie begünstigen würde.

Mit kostspieligen Festen und lauten Fanfaren feiert das offizielle Italien, Preußen, Minister und Bourgeois, die Erinnerung an die Erhebung der Neapolitaner und Sizilier im Jahre 1848, unterdessen rottet sich das von Steuern ausgefogene, unterdrückte Volk zu Hungerrevolten zusammen. Noch ist in Ancona trotz der zahlreichen Verhaftungen und des großen Militäraufgebotes die Ruhe nicht wieder hergestellt und schon werden Unruhestörungen und Demonstrationen zur Verhinderung einer Erniedrigung der Brotpreise aus Jesi bei Ancona, aus Impruneta bei Florenz, aus Macerata, Senigallia und aus Mailand gemeldet. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Rom mitgetheilt: Die Brotpreise in den Marken scheinen große Dimensionen anzunehmen; man befürchtet, daß auch in der Romagna Unruhen ausbrechen werden. Besonders bemerkenswerth ist die starke Theilnahme der Frauen an dieser Bewegung.

Für all diese Erscheinungen hat die italienische Regierung wie die in den Jahren 1848/49 und 1859/60 mit Erfolg bekämpften Regierungen der italienischen Einzelstaaten nur brutale Polizei und schließliches Militär zur Verfügung. Dieselben elenden Kerker, in die man die Kämpfer für die Einigung Italiens sperrte, werden jetzt gefüllt mit denen, die nach Erlösung aus sozialer Noth streben.

Das eigentliche Volk Italiens feußt nach Befreiung trotz allen Glanzes von Revolutionsfeiern.

Deutsches Reich.

— Der Oberscharwacher König Stumm hat wiederholt den Beweis geliefert, daß er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt, wenn es sich darum handelt, den unbotmäßigen Arbeitern ein auszuweisen. Auch in seiner jüngsten Reichstags-Rede hat der edle Herrscher wieder einmal die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Er führte zur Vertheidigung des Pöbeldomstyschen Geheimnisses gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter u. a. an:

„Im Saarrevier sind beim Streik die Bergleute mit Revolvern bewaffnet gegen die Arbeitswilligen losgegangen. Ähnliche Dinge sind doch auch beim Hafenarbeiter-Streik in Hamburg vorgekommen. (Lachen links.) Wollen Sie mit Ihrem Lachen etwa sagen, daß die Arbeitswilligen auf die Streikenden geschossen haben? Das glaubt doch niemand.“

Man bedarf es aber, so bemerkt treffend das „Hamburger Echo“, hier in Hamburg gar nicht des Nachweises, daß nicht die Streikenden auf die Arbeitswilligen mit Revolvern geschossen haben, sondern umgekehrt die Arbeitswilligen auf die Streikenden, trotz des königlich-stummischen „Das glaubt doch niemand!“ Jedermann weiß hier, daß die Dinge thatsächlich so liegen, wie eben angeführt, und nicht so, wie der Oberscharwacher Stumm behauptet, der wieder einmal, wie schon so oft, mit verblüffender Unversehrtheit gekunkelt hat.

Und diese, die Wahrheit in ihr Gegenheil verkehrenden Scharfmacher-Glossen sind die Rathgeber der Regierung bei deren Aktion gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter! Das illustriert unsere gegenwärtigen Regierungszustände hinreichend.

— Die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung über die Domänen-Neuverpachtungen von 1897 bietet ein ziemlich trübes Bild. Die im Vorjahre erloschenen alten Pachtverträge stammten fast ausnahmslos noch aus der Zeit vor 1879; seitdem ist durch die langen Jahre der Krise des Getreidebaues eine starke Verminderung der Pachtzahl und ein bedeutender Abfall der Pachtpreise eingetreten.

Ein preussischer Domänenpächter muß im allgemeinen ein sehr kapitalkräftiger Mann sein; wer aber heute viel Geld hat, kann es anderwärts günstiger und sicherer anlegen als in der Landwirtschaft, von der niemand weiß, wie sie in den nächsten zwölf oder achtzehn Jahren sich entwickeln wird, für die man sich durch Pachtvertrag festlegt. In zahlreichen Fällen war daher der bisherige Pächter der alleinige Bieter. Bei dem Mangel jeder Konkurrenz konnte auf die Erzielung eines höheren Pachtpreises nicht gerechnet werden. In beiden Verpachtungs-Terminen war der alte Pächter alleiniger Bieter, dies und Ähnliches lesen wir zu wiederholten Malen. Nur in der Provinz Sachsen und Hannover finden wir gelegentlich eine Pachtpreissteigerung, wahrscheinlich in Verbindung mit der Zuckerindustrie, ohne daß jedoch dadurch auch für diese Provinzen als Ganzes die abwärtsgehende Bewegung ausgeglichen würde.

Insgesamt wurden 1897 in Preußen von 24 102 Hektaren 23 618 neuverpachtet und statt des früheren Pachtpreises von 975 961 M. erlangt 750 043 M., also 166 918 M. weniger. Pro Hektar sank die Pacht von 40,40 M. auf 33,42 M.

Ebenso läßt die Provinz Sachsen, wo für die Theilung der Domänen ebenfalls eine Pacht einzulegen: Wenn für große Domänen nur ein Bieter da sei, so würden sich für kleinere Wirtschaften genug Liebhaber mit hinreichendem Betriebskapital finden und durch ihren Wettbewerb die Pachten oder auch die Kaufpreise wieder in die Höhe bringen. Die andere Abgrenzung der Domänenbetriebe und selbst die theilweise Veräußerung von Staatsländereien ist natürlich auch für und durchaus distanzabel wie jede bloße Zweckmäßigkeitfrage; aber die Zeiten, wo man in jedem Domänenacker ein Stück Sozialismus sah, ist wohl selbst Herr Adolf Wagner hinaus. Im großen und ganzen jedoch halten wir das liberale Rezept für schädlich. Wenn bäuerliche Mittel- und Kleinbesitzer bei Kauf oder Pacht mehr bieten wie geschäftskundige Großkapitalisten, so spielt meistens die wirtschaftliche Unerfahrenheit, der blinde Landhunger eine sehr verhängnisvolle Rolle dabei. Die große „Werthabschreibung“, der unsere europäische Landwirtschaft nun einmal nicht entgeht, wird dadurch nur künstlich aufgehalten, und je mehr wir noch überzahlte Güter haben, desto stärker wird auch die politische Gefährdung dieser sein, die ihre sogenannten Geschäftsverluste durch Befahrung der Konjunktur wett zu machen suchen. Seien wir froh, daß wir verhältnismäßig nicht so viele Bauern haben wie Frankreich. Wir hätten sonst die agrarische Sturmfluth noch mehr zu fürchten.

Bemerkten möchten wir übrigens zum Schluß noch, daß die liberalen Blätter in ihren Erörterungen die Bedeutung der preussischen Domänenverwaltung für die allgemeine agrarische Entwicklung stark überschätzen. Es sind gewiß ganz stattliche Besitzthümer, mit denen der Landwirtschaftsminister aufwarten kann; gegenüber der gesammten landwirtschaftlichen Volkswirtschaft in Preußen ist die Domänenpolitik jedoch recht bedeutungslos.

— Der Bund der Landwirthe wird am 14. n. M. seine diesjährige Generalversammlung in dem für diese Zwecke seit langem benutzten Zirkus-Buch ausführen. Zahlreiche Nomms und politische Trapeskünstler haben ihr Erscheinen schon zugesagt.

— Die Reichsbank hat nunmehr ihren Diskont wieder auf 4 pCt. herabgesetzt. Der Präsident Dr. Koch trat selber für die Maßregel ein und zwar unter Hinweis auf die ansehnliche Verhärtung der verlässbaren Befände und auf die Verminderung der Anlagen. Unseren Agrariern wird dadurch ein arger Strich durch die Rechnung gemacht, denn sie hatten eben einen neuen Feldzug gegen die Bankverwaltung eingeleitet und zwar wesentlich unter Hinweis auf den relativ niedrigen Zinssatz Englands und besonders Frankreichs. Die letzte Erhöhung hatte Dr. Koch als ein Zeichen unseres Wirtschaftsaufschwunges mit seinem außerordentlich verhärteten Geld- und Kreditbedarf hingestellt. Nach dem Jahresabschluss mit seiner außerordentlichen Inanspruch-

nahme der Banken tritt gewöhnlich vorübergehend eine Stille in der Bankthätigkeit ein. Man darf wohl annehmen, daß es sich jetzt zunächst auch nur um die Wiederkehr dieser regelmäßigen Erscheinung handelt, die den Centralausschuß der Reichsbank zu ihrem Schritte ermutigt hat.

— Der Landbriefträger — eine gute Geirathspartei. Das ist es, was der Staatssekretär des Reichs-Postamts in der kurzen Zeit seiner Thätigkeit bereits entdeckt und in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission zum besten gegeben hat: Der Landbriefträger mit 1000 M. Einkommen ist in Oestrich eine gute Geirathspartei. Wie schlecht und elend muß die arbeitende Landbevölkerung gestellt sein, wenn der Landbriefträger schon als ein erstrebenswerthes Objekt erscheint. Wir danken Herrn v. Podbielski für diese Feststellung. Aber auf einen kleinen Irrthum in seinen Ausführungen müssen wir ihn doch aufmerksam machen: Der Landbriefträger würde den horrenden Gehaltsfuß von 1000 Mark erst 13 Jahre nach seiner etwa 5-jährigen Anstellung, das heißt, da letztere erst nach ca. 8-9 jähriger Dienstzeit erfolgt, nach 20-24 jähriger Dienstzeit oder im Alter von ca. 45 Jahren erreichen. Etwas spät wird da allerdings der Landbriefträger eine gute Geirathspartei . . . !

— Ueber einen Fall von bedingter Begnadigung wird aus Düsseldorf gemeldet: Ein junger Postbeamter aus Bonn, der in der Nähe Düsseldorf angeheiratet war, hatte 900 M. Postgelder unterschlagen und wurde von der Strafkammer Düsseldorf zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Strafe soll ihm jedoch erlassen werden, wenn er sich während der nächsten zwei Jahre tadellos verhält.

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Amlich wird aus Erfurt gemeldet: Heute früh 2 Uhr fuhr der Güterzug 1202 auf den auf Bahnhofs-Eisen haltenden Güterzug auf. Es wurden hierbei 2 Güterwagen zertrümmert sowie Maschine und 13 Güterwagen mehr oder weniger beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Beide Hauptgeleise waren gesperrt.

Aus Bremerhaven wird unter dem 18. d. M. gemeldet: Heute Nacht ist bei der Ausfahrt des Güterzuges 514 aus Halle der von hier kommende Güterzug 501 dem ersteren in die Platte gefahren, wodurch 20 Wägen am Schluß des Zuges abgetrennt wurden. Drei Wagen sind stark beschädigt worden. Beide Hauptgeleise waren gesperrt.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getödtet wurde gestern früh auf der Station Mollenburg (Hannover) der Dresener Bild. Er fiel beim Einlaufen des Güterzuges von seinem Dreirad zwischen die Räder des Zuges und wurde in Stücke zerrissen.

Frankfurt a. M., 20. Januar. Der Magistrat von Frankfurt a. M. beantragte bei der Stadtverordneten-Versammlung anlässlich des 50jährigen Bestehens der Parlamentarischen Versammlung am 18. Mai 1848, auf dem Pauls-Platz ein Denkmal zum Andenken an die Vorkämpfer der Einheit zu bestreben von 1814-1848 zu errichten, ferner an der Paulskirche Bronzetafeln zur Erinnerung an das Parlament anzubringen und schließlich den neuen Römer-Saal mit Bildern aus der deutschen bzw. Frankfurter Geschichte dieses Jahrhunderts zu schmücken.

Kiel, 20. Januar. Der Aviso „Weiß“ ist bei der dänischen Insel Linderum gesunken. Die Schuttorpedoboote S 1, S 3 und S 32 sowie das Schulschiff „Blücher“ sind heute Vormittag zur Hilfeleistung ausgeselant.

Leipzig, 20. Januar. Das „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht eine Erklärung, welche die sächsischen Konservativen, die National-liberalen und die sächsische Fortschrittspartei veröffentlicht werden in bezug auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichstagswahl im Königreich Sachsen. Diese Erklärung eröffne die Aussicht darauf, daß auch in denjenigen sächsischen Wahlkreisen bezüglich der Kandidaten eine Einigung erzielt werden werde, wo eine solche bisher nicht erreicht werden konnte.

In Königreich Sachsen besteht noch immer das 1897 geschlossene Kartell. Die Fortschrittspartei der Sozialdemokratie hat aber auch diese konsequente Politik der Sammlung nicht verhindern können.

Kerner Johannes von Miquel, Schutzgeist der Politik der Sammlung.

Braunschweig, 20. Januar. Staatsminister Otto eröffnete im Namen des Regenten den 24. ordentlichen Landtag mit einer Rede, in welcher er die Fortsetzung der begonnenen Steuerreform ankündigte und mittheilte, daß die günstige Finanzlage es erlaube, die Einkommensteuer nur mäßig zu erhöhen.

Aus Gera schreibt man uns unter dem 19. Januar: In der Noth unter Deutsches Reich: „Nach nicht genug für die Pöbeldomstyschen und Stumm!“ in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ will ich mittheilen, daß der Fall nicht unter den Gesichtspunkt der lox Pöbeldomstyschen fallen würde. Der Bericht über die lox Pöbeldomstyschen Arbeiter, er ist aber ein Messerheld, der den Streikfall nur benutzt hat, um seiner Rohheit zu fröhnen. Er belam auch nicht ein Jahr Gefängnis, sondern nur drei Monate Zuchthausstrafe zu neu, die er wegen anderweiter Messerhiebe bereits abzulassen hat.

Vielleicht ist er gerade wegen dieser seiner Qualität so verhältnismäßig billig davongekommen.

Er heißt auch nicht Neu, sondern Neumann; die Namensvermittlung entstammt dem hiesigen fortschrittlichen „Tageblatt“, welches die Gewohnheit hat, die Namen der Angeklagten in solcher Abkürzung mitzutheilen.

Aus Baden, 19. Januar. (Fig. Ver.) In der heutigen Sitzung des Landtages begrüßte Genosse Wolf Beck einen von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eingebrachten Antrag, die offiziellen Verhandlungsberichte möchten durch die Regierung dem Buchhandel, und zwar zum Selbstkostenpreise zugänglich gemacht werden. Genosse Dreesbach polemisierte außerdem gegen die durchaus der Objektivität ermangelnde gegenwärtige Kammerberichterstattung durch das Regierungsorgan und ersuchte die Regierung, hiergegen einzuschreiten.

Strasburg i. E., 19. Januar. (Fig. Ver.) Die gestrigen Verhandlungen des Landesausschusses gaben Anlaß zu einer kräftigen Betonung der Selbständigkeit des reichsständischen Parlamentes gegenüber Preußen und dem Reiche. Zur Veranlassung stand der Gesetzentwurf über die Wittwen- und Waisenspensionen. Unterstaatssekretär v. Schraut hatte denselben begründet mit dem Hinweis darauf, daß die einschlägigen Verhältnisse im Reich und im Königreich Preußen eine Aenderung der gegenwärtigen landesgesetzlichen Bestimmungen und eine Anpassung an jene nöthig machten. Da erhob sich der Außer im Streit um die Selbständigkeit unseres Parlamentes, der lothringische Abgeordnete Ditsch, um eine geharnischte Philippika gegen die Deduktiven des Reichsregimentes loszulassen. „Durch eine derartige Argumentation“, meinte er, „wird der Landesauschuß zu einer chambre d'enregistrement (Eintragungskammer) herabgedrückt, die das thun muß, was der Reichstag und der preussische Landtag vorher gethan haben. Da müßte man ja analog auch in Baden und Württemberg sagen, weil etwas im Reichstag und im preussischen Landtag beschlossen worden ist, so müssen wir es auch bei uns einführen. Wir wollen selbständig sein und nicht gezwungen werden, das zu thun, was im Reichstag und im preussischen Landtag geschehen ist.“ (Sehr richtig.) Ihm folgte der Reichs-Spieß, der freitbare Maire von Schlettstadt, der vor kurzem im Reichstagswahl-Tournee den Kreisdirector Pöhlmann glatt in den Sand streckte. „Dabei es sich um eine neue Belastung für das Land, domerte er, dann soll das Beispiel des Reiches und Preußens maßgebend sein; wollen wir aber gleiche Rechte wie Preußen, dann verweigert man sie und nimmt keine Rücksicht auf uns. Auch der fromme Adbs Winterer, der augenblicklich zur Vorbereitung kirchlicher Wahlen nach in Handwerkerorganisation macht, schloß sich dem Protest seiner beiden Vorredner an, indem er gleichzeitig scharf gegen die 1000 reichsständischen Beamten polemisierte, die das unverzeihliche Verbrechen begangen hatten, über die Köpfe unserer Herren Députés (Abgeordneten) hinweg

sich an die größere Schmelze in Berlin zu wenden, um eine Gehalts-
erhöhung durchzusetzen. Der Vertreter der Regierung hatte alle Mäße,
die erhitzen Gemüther der wärtigen Versammlung wieder etwas zu
beruhigen, und nur mit Mühe gelang es ihm, die Ver-
weigerung der Vorlage an eine Spezialkommission zu ver-
hindern. — Den zweiten Verhandlungsgegenstand bildet die
erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die
Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen
Elementarschulen. Abg. Dr. Häffel bedauerte, daß den Wünschen
der Lehrer nicht in genügendem Maße entsprochen worden sei.
Redner konstatiert dabei, daß von 2263 Lehrern 255 keine Nebenein-
nahmen, 423 fast Nebeneinkommen, aber eine geringe Zulage haben;
1446 haben ein Nebeneinkommen und 889 Nebeneinkommen mit Zu-
lage. Die Vorlage, über deren Einzelheiten wir bereits berichtet
haben, wurde an die 2. Kommission verwiesen.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**
Aus der Untersuchungshaft wurde der Arbeiter Schwarzat der
8. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Die Verhandlung
fiel unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie aus der
Urtheilsbegründung, welche öffentlich erfolgte, hervorging, hatte
der Angeklagte in einem Schanklokale mit mehreren Gästen
politische Raunegiererei betrieben; man hatte von diesem und jenem
gesprochen und schließlich auch das Kaiserhaus zum Gegenstande der
Unterhaltung gemacht. Bei dieser Gelegenheit hatte der bereits
ziemlich stark angetrunkene Angeklagte Ausrufungen fallen lassen,
welche sich als Beleidigungen des Kaisers und des Kronprinzen dar-
stellten. Mit Rücksicht auf die Trunkenheit des Angeklagten be-
stimmte der Gerichtshof bei der zulässigen, niedrigsten Strafe von zwei
Monaten Gefängnis. —

— **Die Vertretung Elsaß-Lothringens beim
Bundesrat** kostet jährlich 20 000 M.; der Vertreter hat
dort aber weder Sitz noch Stimme. So sucht er sich anderweitig
nützlich zu machen. Wie, das lehrt folgende Notiz der „Eis-Lothr.
Volksztg.“:

Die Elsaß-Lothringische Regierung hat sich die Unterschriften
der Petition, welche über tausend Landesbeamte an den Reichs-
tag gerichtet haben, in Berlin abschreiben lassen. So viel wir
wissen, ist dies durch Vermittelung des Herrn Holten, Kommissar
der Elsaß-Lothringischen Regierung beim Bundesrat, geschehen.
Wie? Mit wessen Erlaubnis? Hat der Reichstags-Präsident
das gebilligt? Oder ist es ohne sein Wissen geschehen? Wer
hat sie dafür bezahlt? Die Elsaß-Lothringischen Steuerzahler?
Von der Antwort hängt es ab, ob wir noch weiter fragen
werden.

Das ist ja wieder ein recht interessantes Vorkommniß, über
das hoffentlich baldmöglichst im Reichstag Auskunft verlangt
werden wird. —

Oesterreich.

Prag, 19. Januar. Im Laufe des heutigen Abends
marschirte das Militär wieder auf. Nach allen Straßenkreuzungen
zu den Hauptplätzen wurden Patrouillen entsandt. Nennenswerthe
Anstöße kamen nicht vor. Der Statthalter, der Korps-
kommandant und der Polizeidirektor überzeugten sich persönlich von
den getroffenen Sicherheitsmaßregeln. Abends wurden drei Ver-
haftungen vorgenommen. —

Prag, 19. Januar. (Eig. Ber.) Die Verhandlungen im böhmischen
Landtag rücken nicht von der Stelle. Auch heute hat die
Debatte das alte Bild, ohne einen Ausblick auf neue Gesichtspunkte
zu eröffnen. Von beiden Seiten der streitenden Parteien werden
Anklagen erhoben, die alten Dinge so breit getreten, daß nur zwei
Redner zum Wort kamen. Die Regierung, anstatt einen muthigen
Griff zu wagen und durch eine demokratische Politik den Nerv des
Bürgerthums zu treffen, sucht in ihrer Kurzsichtigkeit aus der Situation
Kapital zu schlagen. Der Statthalter Graf Coudenhove gab eine Erklärung
ab, worin er die Anschuldigungen der deutschen Abgeordneten mit
Entschiedenheit zurückwies, und beschloß seine Rede mit dem Aus-
spruch, er stehe jenseits der Kritik, nicht die Gnade der Volks-
vertreter dikire ihm sein Verhalten, sondern einzig und allein die
Gnade seiner Majestät des Kaisers. Und die „freisinnigen“ jung-
tschechischen Abgeordneten belohnten diesen Ausfall mit stürmischem
Applaus. Derselben Worte sprach vor Jahren der Ministerpräsident Graf
Tomasch und damals waren es die Deutschböhmer, die Beifall gaben.
Man sieht, daß der Chauvinismus des Bürgerthums die festeste
Stütze des Absolutismus bildet: sie drücken sich den Säbel selbst in
den Rücken. Obwar das Wort „Volk“ unzählige Mal variirt
wird, obwar jeder Abgeordnete für des Volkes Wohl zu kämpfen
vorgibt, hat noch kein einziger, auch die radikalsten Elemente nicht,
an die Erweiterung des Landtags-Wahlrechts gedacht. Das arbeitende
Volk appellirt umsonst; dafür wird aber täglich neuer Jähnschrei
gezeugt und der Verheerung Vorhub gelistet. Bereits heute
mittags gab ein demonstrativer Massenbummel deutscher Rouleure
Plünderer zu Unrathen Anlaß. Die ganze Stadt ist alarmirt; alle
Wägen mit Militär besetzt; zahlreiche Kavallerie-Abtheilungen durch-
streifen die Stadt; die Anfröngung wächst von Stunde zu Stunde
und ein neuerlicher Ausbruch des entfesselten Chauvinismus ist zu
besorgen. Die bürgerliche Politik baut dem Absolutismus eine
Triumphpforte! —

— **Die Befürchtung, daß die hochgradige nationale Be-
wegung für die Sozialdemokratie einen Stimmrückgang bei
etwaigen Neuwahlen bedeuten würde, scheint nicht berechtigt zu
sein. Denn selbst in Nordböhmen steigen bei den Gemeinderath-
Wahlen die sozialdemokratischen Stimmen von Wahl zu Wahl, so
hatte sich bei der in der letzten Woche stattfindenden Gemeinderath-
Wahl in der Stadt Liebenau (im Bezirke Reichenberg) unsere
Stimmzahl verdoppelt. Auch die Entwicklung der nordböhmerischen
Parteipresse läßt sehr günstige Rückschlüsse auf den Stand unserer
Bewegung zu. Ob es in den schlesischen Bezirken ebenso gut für
uns steht, wissen wir nicht. —**

Frankreich.

Paris, 20. Januar. Emile Zola hat am 7. Februar vor dem
Schwurgerichtshof zu erscheinen.
Im Ministerrath wies Barthou auf die in Paris und in der
Provinz vorgekommenen Kundgebungen hin und gab bekannt,
daß Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Straßenkundgebungen
getroffen seien, namentlich sei dies der Fall für die für Sonntag an-
gekündigte Kundgebung, welche verboten werden wird. Des weiteren
hob der Minister hervor, daß die Regierung einen Kredit von
1 200 000 Fr. zur Linderung des Nothstandes in Algier
verlangen werde. —

Paris, 20. Januar. Wie der „Figaro“ meldet, unterbreitet die
Regierung der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf, welcher be-
stimmt, daß der Pavillon de Flore, genannte Flügel der Tuilerien,
in welchem sich das Ministerium der Kolonien befindet, im Jahre
1900 den f. nben Souveränen als Residenz dienen soll. —

— **Das militärische Panama.** Emile Zola und der
Vertreter der „Aurore“ haben die Vorladung zu den Kläffen bereits
erhalten. Die Verhandlung soll in der ersten Hälfte des Februar
stattfinden. Nach einer Meldung des „Rebucal“ habe Präsident
Faure mehrmals darauf gedrungen, die Klage gegen Zola nicht an-
zustrengen. Der Kriegsminister habe sich auch erst zur Klage ent-
schlossen, als General Boisdeffre ihm drohte, seine Entlassung als
Generalkommandant zu nehmen und die Gründe hierfür anzugeben. —

Niederlande.

Haag, 19. Januar. (Eig. Ber.) Bei einer Ersatzwahl für die
zweite Kammer im Kreise Rotterdam IV bekam unser Genosse
W. V. G. Heldingen 284 Stimmen, gegen 98 bei den allgemeinen
Wahlen des vorigen Jahres. Wäre nicht eine große Menge Ar-
beiter zum Wahlrecht ausgeschlossen und hätte nicht eine gleichfalls
bedeutende Menge sich selbst, durch Nichtabgabe der zum Zususs
erforderlichen Steuer, von der Befugnis, zu wählen, ausgeschlossen,
die für Heldingen abgegebene Stimmzahl wäre gewiß noch be-
deutend größer gewesen. Die Kandidatur Heldingens war in allen
Arbeiterkreisen sympathisch aufgenommen worden. —

England.

London, 20. Januar. Der Staatssekretär der Kolonien
Chamberlain hielt gestern Abend in Liverpool eine Rede, in
welcher er in bezug auf Areta sagte, die Ohnmacht des europäischen
Kongresses sei ein Misserfolg für alle Beteiligten gewesen, aber Eng-
land sei nicht zu tadeln. Der gegenwärtige Zustand sei unerträglich
und könne unmöglich ins Ungewisse andauern. Es könne Eng-
lands Pflicht werden, sein Recht und seine Unabhängigkeit zu wahren
und für sich allein zu handeln. —

Der Kanzler der Schatzkammer Hicks Beach sagte
in einer Rede, die er in Bristol hielt, es sei kein Zweifel, daß in
den Einnahmen dieses Finanzjahres ein erheblicher
Ueberschuß vorhanden sein werde, aber jetzt sei ein Stillstand
eingetreten. Wegen des Streiks der Maschinenbau-
Arbeiter könne das Seepartement nicht das für den Bau
neuer Schiffe bestimmte Geld ausgeben. —

Dänemark.

— **Im Landesthing kam nun das Landarbeiter-
Ansiedelungsgesetz zur Debatte.** Wir haben an dieser Stelle
bereits genau berichtet, wie die Kommission des Landesthing den
annehmbaren Entwurf des Volksting völlig verdocten hat. Was
nun die Herren Abgeordneten im Landesthing vorbrachten, bewies
nur noch deutlicher ihre originelle Arbeiterfreundlichkeit. So führte
Graf Ahlefeld, einer der größten Grundbesitzer Dänemarks,
aus, er wünsche, daß überhaupt nichts aus der Sache herauskäme.
Vergleichen müsse der privaten Initiative überlassen werden; die In-
stanz wünschten gar nicht mehr Land zu haben, sondern es loszu-
werden. Selbst der Minister erwiderte ihm, daß doch auch andere
Privatbestrebungen durch Staatsgelder gefördert würden. Im übrigen
schloß er sich aber den Ausführungen des Herrn Grafen an. Auch
beantwortete der Minister eine niedrigere Anzahlung und Verzinsung,
als die Landesthing-Kommission es vorgeschlagen hat. Auch andere
Herren sprachen sich eigentlich gegen das ganze Gesetz aus. Der
sozialdemokratische Abgeordnete Knudsen wies nach,
daß die Aenderungen der Kommission den reinen Arbeitgeberstand-
punkt verriethen. Wenn die Justiz ihr Land loswerden wollten,
säme dies eben daher, weil ihre Besigungen für die rationelle Be-
wirtschaftung zu klein wären. Er bedauert lebhaft die Aende-
rungen, da das Gesetz so unannehmbar sei, während es in der Form
des Volksting immerhin eine Reform bedeutete hätte. —

— **Im Folkething kam der Parteigenosse Klausen ge-
legentlich der Budgetdebatte auf die Verovorgung der See-
offiziere in der Handelsmarine zu sprechen.** Während
nämlich nach dänischen Bestimmungen Seeleute, die Kapitänstellen
übernehmen wollten, nachweisen müssen, daß sie 5 Jahre als Steuer-
leute auf dem Meere gewesen sind, sind die See-Offiziere, obwohl
sie oft nur Binnengewässer befahren haben, davon befreit. Und
dabei kostet die theuere Ausbildung jedes See-Offiziers dem Staat
nicht weniger als 45 000 M. Auch sonst sind die See-Offiziere
bevorzugt. Und dabei behalten die Marine-Offiziere ihr staatliches
Gehalt, auch wenn sie Kauffahrtschiffe als Kapitän führen. Es
herrsche daher große Unzufriedenheit in den ausgebildeten
Seemannskreisen. Derselben haben sich in drei Vereinen
zusammengethan, und an die Regierung eine Petition
um Abänderung der obigen Mißstände gerichtet. Bei
der „Ostasiatischen Kompagnie“, die alle ihre Schiffe mit Seeoffizieren
für die Kapitänstellen besetzen wollte, haben die Seeleute durch die
Vereinbarung, neben diesen Herren Lieutenants Seemannskapitänen
nicht anzunehmen, es erreicht, daß vorläufig nur zwei Schiffe mit
solchen besetzt sind. Klausen hat nun eine Erhebung der
Staatsbesoldung derjenigen See-Offiziere beantragt, die Kauffahrts-
schiffe führen.

Auch Böjesen fand es unbegreiflich, daß man Zustände
dulden könne, bei denen die Ausbildung eines See-Offiziers dem
Staate 45 000 M. kostet. Er fordert eine vollständige Reform
der See-Offizierskule.

Natürlich wurden beide Anträge abgelehnt. —

Italien.

— **Visconti-Venosta dem Ministerium zu erhalten, ist
man eifrig bemüht.** Die Offiziere bestreiten schon, daß der Minister
des Auswärtigen sich je mit Rücktrittsabsichten getragen habe. —

Spanien.

Madrid, 19. Januar. Die Blätter veröffentlichen eine von
Romero Robledo und anderen konservativen Deputirten und
Senatoren an die Königin-Regentin gerichtete Adresse, in welcher sie
um Einderung der Kammer bitten. In der
Adresse heißt es, die Einführung des neuen Regimes auf
den Antillen ohne Mithilfe der Cortes stehe ohne Beispiel
an der Geschichte da. Die Adresse lehnt jede Ver-
antwortlichkeit wegen des Bruches der Verfassung ab
und rühmt in einer historischen Darstellung die Vorzüge
des Repräsentativsystems. Die Regierung hätte, heißt es
dann weiter, die Kammer einberufen müssen, wenn auch nur zu
dem Zwecke, um der ganzen Welt die Legitimität des Krieges auf
Kuba zu zeigen. Die Autonomie stütze zu einer Parteifrage herab,
wenn die Cortes nicht einberufen würden. Die Unterzeichner,
schließt die Adresse, seien sich wohl bewußt, welche Schwierig-
keiten für das Königthum geschaffen seien, sie glaubten aber
eine Gewissenspflicht zu erfüllen. —

Serbien.

Belgrad, 20. Januar. Der extreme Radikale Tauschanovic
ist aus der radikalsten Partei ausgestreut. Basic hat die Führung
der Partei, die nunmehr nur lokale Opposition machen wird, über-
nommen.

Milan hat mehr Glück als er verdient und Herr Basic, der
Renegat des Sozialismus, ist würdig sein Minister zu werden. —

Türkei.

— **Eine Ministerkrisis soll wieder einmal bevorstehen.** —

Afien.

Bombay, 20. Januar. Der bekannte Freirenter Jaffer Khan
hat sich für den Anstand in Mekran mit Mirab Khan verbunden.
Der Rajah des Khan von Khetat ist in Kalatala eingeschlossen, hat
aber Jandur von Lebensmitteln. —
Aus Kaschnia wird dem „Reuter'schen Bureau“ gemeldet, der
Emir von Afghanistan habe Befehle gegeben über die Schädigung,
welche dem Handel Afghanistans durch die Blockade des Khatbar-
passes zugefügt werde. —

Wahlbewegung.

Für den Mansfeld'schen Reichstags-Wahlkreis hat sich
unser Parteigenosse W. Brothe aus Halle bereit erklärt, die Kandi-
datur anzunehmen.

Neben Müller, dem Kandidaten der nationalliberalen und
konservativen Partei, hat die deutsch-soziale Reformpartei Dr. König-
Witten für die Reichstagswahl im Kreise Duisburg-Mülheim
aufgestellt.

Für den Wahlkreis Bayreuth wurde von der freisinnigen
Partei Lehrer Rudolph als Reichstagskandidat aufgestellt.

Im Wahlkreise Stendal-Osterburg haben die Vertrauens-
männer des Bundes der Landwirthe einstimmig beschlossen, die von
den Konservativen vorgeschlagene Kandidatur des bisherigen Ab-
geordneten Amtsgerichtsraths Hinzburg zu unterstützen.
Der frühere Kriegsminister General der Infanterie Bronsart
v. Schellendorff ist von einer konservativen Versammlung in Gistrow
(Güstrow-Ribnitz) aufgestellt worden.

Für den Wahlkreis Oelke-Lyck-Johannisburg
wurde in einer am Montag in Endhaltgebunden Vertrauensmänner-
Versammlung der freisinnigen Volkspartei Gutsbehrer Ophsen,
in Scheibitz als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen ein-
stimmig aufgestellt.

Der frühere Landwirtschafts-Minister Freiherr Lucius v. Ball-
hausen hat die ihm angetragene Kandidatur für den Erfurter
Reichstags-Wahlkreis abgelehnt.

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz des 10. hannoverschen Wahlkreises,
die am Sonntag in Hildesheim abgehalten wurde und von
22 Orten durch Delegirte besetzt war, beschloß einstimmig, unsere
Fraktion zu ersuchen, baldmöglichst die Wiedereinführung der
dreijährigen Reichstagslegislaturperiode zu beantragen.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

— **Vom Schöffengericht in Breslau war der Redakteur
der „Volkswacht“, Emil Reulich, von der Anklage
freigesprochen worden, durch die Bezeichnung der Sedanfeier
als „Nordpatriotismus“ groben Unfug begangen zu haben.**
Das Landgericht dagegen erkannte auf Verurtheilung zu vier
Wochen Haft. Das Oberlandesgericht, dessen Entscheidun-
gen Reulich angerufen worden war, hat das Urtheil bestätigt.

— **Der Amtsvorsteher Meister in Zabze hat während
der Monate Mai bis Oktober vorigen Jahres die Versammlungen,
die von unseren Genossen nach dem Orte Foremba einberufen worden
waren, regelmäßig aufgelöst, in einem Falle, weil in einem in der Nähe
des Versammlungsortes gelegenen Keller ein Haß Petroleum lagerte,
in fünf Fällen unter Berufung auf im Kreise herrschende ansteckende
Krankheiten. Die „Volkswacht“ kritisirte diese Versammlungs-
Auflösungen und wies darauf hin, daß eine ganze Reihe bürger-
licher Vereine ungehindert Zusammenkünfte und Festlichkeiten ab-
halten konnten. Der Amtsvorsteher fühlte sich durch die Kritik
beleidigt, weil ihm der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht
worden sei, und stellte Strafantrag. Vor dem Land-
gericht in Breslau verneinte er zugehend die Fragen, die
in Beziehung auf die Beschuldigung der Parteilichkeit an
ihn gerichtet worden waren. Der Staatsanwalt bezeichnete
es als klar erwiesen, daß der Amtsvorsteher durchaus korrekt
verfahren sei, und beantragte gegen den angeklagten
Redakteur Reulich drei Monate Gefängnis. Der Ver-
theidiger beantragte für seinen Klienten den Schutz des § 193,
da insbesondere die Pressprozesse gegen sozialdemokratische Redak-
teure wegen Poligen, die bei anderen Blättern nicht verfolgt werden,
den Sozialdemokraten wohl Veranlassung geben könnten, zu glauben,
sie würden mit anderem Maße gemessen als Nichtsozialdemokraten.
Der Staatsanwalt aber bestritt entschieden, daß ein Unterschied
gemacht würde. Ganz besonders unzutreffend sei, daß sozialdemo-
kratische Redakteure wegen Veröffentlichungen verfolgt würden, die
absichtlich in bürgerlichen Blättern unverfolgt blieben. Der
Staatsanwalt läse doch nicht sämtliche Blätter, und wenn
er wirklich einmal hier und da beim nichtamtlichen Lesen
eines Blattes etwas Bedenkliches sähe, sei er doch nicht
gehalten, gleich den Denunzianten zu machen! Der Gerichtshof
verlagte dem Angeklagten den Schutz des § 193 und verurtheilte ihn
wegen Beleidigung in Rücksicht auf seine Vorstrafen zu einer
Gefängnisstrafe von einem Monat. Eine weitere Begründung des
Urtheils erfolgte nicht.**

— **Das Volksblatt für Anhalt“ soll den Direktor
der Anhaltischen Maschinenfabrik in Dessau, einen Herrn Roth,
beleidigt haben. Der verantwortliche Redakteur Otto Schumler
wurde deswegen vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis
verurtheilt.**

— **Die Magdeburger „Volkstimme“ schreibt, daß
am Mittwoch vor der Verhandlung seine Polizeiposten aufgestellt
worden sei. Die polizeiliche Aktion scheint ihr Ende erreicht zu
haben.**

— **Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Seit
längerer Zeit schwebte beim Bezirksgericht Oskar ein ziemlich
umfangreicher Ehrenbeleidigungsprozeß, den der berühmte Herr
Richard Gamm gegen den Metallarbeiter Genossen Alois
Drendl angestrengt hatte. Es handelte sich um einen Wirthshaus-
streit, gellentlich besser Drendl bemerkte, Gamm sei ein Lothspießer,
babe im Auftrag der Berliner Polizei in London einen Anarchistenklub
gegründet und wolle seinen Betriechsel mit der Polizei sodann dem
Reichstags-Abgeordneten Liebknecht verkaufen. Zur Führung des
Wahrscheinlichkeitsbeweises, insbesondere der Vernehmung des Abgeordneten
Liebknecht, wurde die Verhandlung vertagt. Da bei dieser Ver-
handlung Gamm dem Drendl gegenüber eine beleidigende Bemerkung
machte, fand vor dem Bezirksgericht Oskar vor kurzem eine Ver-
handlung statt. Dabei kam es zu einem Ausgleich. Nach Abgabe
von Erklärungen wurden dann auch die beiderseitigen Klagen zurück-
gezogen. Herr Gamm kann darüber recht froh sein, denn die Ver-
handlung hätte jedenfalls sehr bittere Thatsachen ans Licht gebracht.
Die Arbeiter werden ihn nach wie vor meiden.**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

**Achtung, Zimmerer Berlin und Umgebung! Laut Beschluß
der öffentlichen Versammlung vom 20. Dezember 1897 und der
Platzdeputirten-Versammlung vom 12. Januar 1898 müssen sämt-
liche Sammelkarten bis zum 1. Februar der Lokalkommission vor-
gelegt und mit dem Schlußstempel versehen sein. Wer
die festgesetzte Anzahl Marken nicht hat, ist verpflichtet,
dieselben nachzukaufen, widrigenfalls seine Rechte an den
Agitations- und Unterstützungsfonds in Frage gestellt
werden können. Da nun obige Beschlässe noch nicht überall
zur Durchführung gelangt sind, richten wir nochmals das Ersuchen
an unsere Berufsgenossen, noch vor dem 1. Februar ihrer Pflicht zu
genügen. Um in den Sammlungen zum Agitations- und Unter-
stützungsfonds keine Unterbrechung eintreten zu lassen und um zu
den uns bevorstehenden Kämpfen genügend gestärkt und vorbereitet
zu sein, beschließen obige Versammlungen, vom 1. Januar
ab neue Marken und Karten herauszugeben und genau
so zu verfahren wie im Vorjahre. Karten werden nur auf unserem
Bureau, Grendelstr. 33, ausgegeben und abgestempelt, wohngegen
Marken in sämtlichen Zahlstellen jeden Sonntag Vormittag von
10—12 Uhr zu haben sind. Die Vertrauensleute der Vororte sowie
die Bezirkskassierer der Organisationen sind verpflichtet, den Be-
schlüssen Geltung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß sowohl
die Abstemplung als Erneuerung der Karten vollzogen wird. Die
Lokalkommission.**

Achtung, Schuhmacher. Wir geben hiermit bekannt, daß vom
20. d. M. an Weinstr. 22 bei Steuer das ständige Bureau der
Agitations-Kommission eingerichtet ist. (Nicht wie gestern irrthüm-
lich angegeben Wienerstraße.) Wir ersuchen die Kollegen, alle über
den Stand der Bewegung betreffenden Nachrichten in der Zeit von
7—9 Uhr abends an uns gelangen zu lassen.

Die Agitations-Kommission.

**Die Berliner Korbmacher, soweit sie in der Ange-
forderte thätig sind, stellen an ihre Prinzipale
die Forderung von 4,50 M. pro Korb. Die neueste Sub-
mission von 137 868 Körben wird am 22. Januar in Spandau ver-
geben; mit Rücksicht hierauf sollten die Korbmacher gestern
Abend in gut besuchter Versammlung einstimmig diesen Beschluß
bei der vorigen Session war bereits ein Minimal-
lohn von 5 M. erreicht worden, doch erfolgten bald Abzüge, so daß
jetzt Schmidt u. Ko. 3 M., Starke 2,70 M. und Zimmer,
ein Unterkassierer von Schmidt, gar nur 2,50 M. gab. Am Sonn-
abend wurde auch bei Schlesinger u. Ko. der Lohn von 4,20 M. auf 3,50 M.
reduzirt; auf erhobene Vorstellung erfolgte wieder Erhöhung auf 4 M.
In Frage kommen nur wenige Großbetriebe, so daß das Vorgehen bei der
verhältnismäßig guten Organisation nicht sehr schwer fallen wird;
ganz besonders günstig ist, daß auch die ca. 110 Arbeiter von
Starke, dem ärgsten Lohndrücker, sich solidarisch erklären. Auf
4,50 M. und nicht auf 5 M., wie früher, wurde der Lohnfuß
normirt mit Rücksicht auf die konkurrierenden Städte. Es soll ver-
sucht werden, mit den Kollegen dieser Städte gemeinschaftlich vor-
zugehen.**

Deutsches Reich.

**In der Goldleinen-Fabrik von L. Baake in Branden-
burg a. H. kommt es aller Wahrscheinlichkeit nach wegen Maß-
regelung und Einführung der Frauenarbeit zu einem Ausstand.
Vorläufig steht man in Unterhandlungen. Sollten diese ergebnislos**

verkaufen, so ist man gewillt, die Arbeit niederzulegen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten. Verband der Vergolter, Bismarck-Brandenburg.

Wegen Mafregelung zweier Arbeiter, die gegen eine Lohnreduktion auftraten, haben in Nürnberg auf dem Neubau der Maschinenbau-Aktiengesellschaft 25 Zimmerer die Arbeit niedergelegt.

In der Spiegel- und Bilderrahmen-Fabrik von Kirchner u. Helwig in Leipzig sind am Dienstag sämtliche Tischler und drei Glasschleifer wegen Differenzen mit den Arbeitgebern aus der Arbeit getreten.

Auf der Billbrauerei in Hamburg legten 50 Brauereiarbeiter wegen Differenzen die Arbeit nieder, weil zwei ihrer Kollegen entlassen worden waren. Die Streikenden verlangten die Wiedereinstellung der zwei; außerdem fordern sie Aufhebung der Sonntagsarbeit und Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden.

Der Ausstand der Maurer auf dem Kasernenbau in Magdeburg droht größeren Umfang anzunehmen. Bekanntlich legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sich weigerte, einen Arbeiter zu entlassen, der nicht der Organisation angehörte. Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes hat hierauf die Aussperrung sämtlicher Arbeiter angeordnet, wenn nicht von dieser Forderung Abstand genommen wird. In einer Versammlung der Maurer wurde von der Lohnkommission sehr entschieden von einem Generallstreik abgerathen und nahm der Bevollmächtigte des Verbandes, Maurer Bömelburg, Veranlassung, zu erklären, daß er mit der Stellung einer solchen Forderung überhaupt nicht einverstanden sein könne und gleichfalls von einem Streik abzurathen müsse. Die Maurer sind auch an dem Streik nur insofern beteiligt, als sie die Arbeitsstätte verlassen mußten, weil die Hilfsarbeiter durch die Arbeitsverhinderung fehlten und infolge dessen kein Material herbeigeschafft werden konnte. Die Versammlung beschloß: Nach wie vor wird daran festgehalten, daß es nicht richtig ist, wenn wegen Kollegen, die sich weigern, der Organisation beizutreten, zur Arbeitsniederlegung geschritten ist.

Des Weiteren wird erklärt: Sollte der Arbeitgeber-Verband trotz der vorstehenden Erklärung die angeordnete Aussperrung wahr machen, dann wird angenommen, daß die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter am Kasernenbau nur als Vorwand benutzt wird, um einen Angriff auf die Organisation der Maurer zu unternehmen. Einen Angriff auf ihre Organisation werden die Maurer aber mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren wissen.

Wie berichtet wird, werden die Zimmerer eine gleiche Stellung einnehmen.

Hoffentlich schließen sich die Bauarbeiter einer gleichen verständigen Haltung an und geben so Gelegenheit, die Differenzen, die über solche Dinge überhaupt nicht eintreten sollten, beizulegen.

Ausland.

Ueber die „vollständige Niederlage“ der englischen Maschinenbauer herrscht in der bürgerlichen Presse Deutschlands natürlich großer Jubel. Die Niederlage der Arbeiter scheint aber so „vollständig“ doch nicht zu sein. Die Arbeiter haben sich zwar genöthigt gesehen, die Forderung des Achtstundentages zurückzugeben und haben damit die erste Ursache des ganzen Konfliktes beseitigt. Der Unternehmer-Verband hat, wie im heutigen Doppelheft bereits mitgeteilt, offiziell eine Erklärung dahin abgegeben, daß die Betriebe am 24. d. M. wieder geöffnet werden. Die Unternehmer bestehen allerdings darauf, daß die Arbeiter zunächst die in der 2. Konferenz vom 17. Dezember v. J. gemachten Vorschläge im Sinne der letzten hierzu von dem Unternehmer-Verband veröffentlichten Kommentare unterzeichnen. Da gegen diese letztere Fassung selbst Barnes nicht mehr alles voll einzuwenden hatte, so kann wohl von einer großen Niederlage der Arbeiter kaum die Rede sein. Wäre der „Sieg“ der Unternehmer ein so vollständiger, daß der Gegner vernichtet am Boden liegt, dann würden die Unternehmer gewiß auch die Forderung des Achtstundentages sich anschicken, als sie es thun. Die Wahrheit ist vielmehr, daß auch die Unternehmer erschöpft und froh sind, daß der Kampf beendet ist. So schreibt Sir Christover Furness, der große Yorker Fabrikant, der jedoch noch durch die Abstimmung der Arbeiter bei den Wahlen seinem konservativen Gegner unterlegen ist, an die Maschinenbauer-Union, daß die Zeit der Veröhnung nun gekommen sei. Wenn die Arbeiter nur einigermaßen Zugeständnisse machen würden in bezug auf die volle Ausnützung der Maschinen, dann würde über die anderen Punkte gewiß leicht eine Verständigung erzielt werden.

In New-York bereitet sich, wie die „Allgem. Frauen-Korresp.“ mittheilt, ein großer Zigarettenmacherinnen-Streit vor. Die Arbeiterinnen wollen namentlich eine Herabsetzung der Arbeitszeit und Einführung von gesundheitslichen Schutzmaßnahmen in den Fabriken gegenüber der überhandnehmenden Schwindsucht erzwingen.

Unternehmer-Verbände.

Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftfabrikanten hat in seiner am 15. und 16. d. M. in Frankfurt a. M. abgehaltenen Hauptversammlung einen Antrag auf den Verbandskongress beschlossen, welcher Bestimmungen über die Pflichten der Mitglieder bei Arbeiterbewegungen betrifft, und dürfen dieselben auch für die gegenwärtigen hierortigen Differenzen zwischen Fabrikanten und Arbeitern von bestimmendem Einflusse werden. Als hauptsächlichste Bestimmungen sind hervorzuheben: Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, Streitigkeiten zwischen ihm und seinen Arbeitern, welche er nicht selbst zu schlichten vermag, sofort bei dem Vorstande des Zweigverbandes, oder, wenn ein solcher an dem betreffenden Orte nicht besteht, beim Vorstande des Hauptverbandes zur Anzeige zu bringen. Der Fall wird vom Vorstande oder dem von ihm berufenen Vertrauensmann bzw. Geschäftsführer gewissenhaft geprüft und eine Beilegung auf gütlichem Wege versucht. Mißlingt dieselbe und ist dem Fabrikanten keine Schuld beizumessen, so sind die Mitglieder des Verbandes verpflichtet, während der Dauer der Arbeitsverhinderung Arbeiter des betr. Fabrikanten nicht zu beschäftigen. Nach Beendigung des Ausstandes dürfen solche Arbeiter innerhalb der nächsten vier Wochen nur dann eingestellt werden, wenn der frühere Arbeitgeber auf deren Einstellung verzichtet. Diese Bestimmungen verpflichten nur Mitglieder des Verbandes gegenüber. Zwischenhandlungen ziehen je nach Lage des Falles eine Konventionalstrafe bis zur Höhe von 500 M., den Ausschluss aus dem Verbands und die Mittheilung an die Mitglieder nach sich. Die Einführung von einseitlichen, ordnungsmäßigen Entlassungsbeschlüssen wurde für die Verbandsmitglieder obligatorisch erklärt. Ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß es nicht Absicht und Aufgabe des Verbandes sei, die Arbeiter zu inebeln und sie ihrer politischen Rechte zu berauben, der Verband sei vielmehr nur ein „Werkzeug der Nothwehr“, um „unberechtigten Forderungen“ der Arbeiter, welche an die Fabrikanten gestellt werden, erfolgreich entgegenzutreten zu können, als es den Einzelnen möglich sei. Die Zweigvereine sind gehalten, den vorerwähnten Bestimmungen entsprechende Sühnungen auszurichten und dem Hauptvorstande zur Genehmigung einzureichen.

Soziales.

Arbeiter-Mißth. Auf der kaiserlichen Werft in Kiel wurde am Dienstag Abend einem Werkführer der Kesselschmiede von einem umfallenden Kessel der Kopf zertrümmert. Ueber die bereits gemeldete Gasexplosion in der im Bezirk Laganrog gelegenen Grube der russischen Donchaer Gesellschaft wird weiter berichtet: Die Explosion erfolgte in dem Hauptschachte, wo sich 180 Bergleute und 30 Pferde befanden. Ein Theil der Bergleute rettete sich durch einen Nebenschacht. Bisher sind 50 Leichen aufgefunden. 19 verwundete Bergleute wurden aus der Grube herausgeschafft. Drei derselben sind gestorben. Die Pferde sind sämmtlich erstickt.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Im Besitze der statistischen Steinkohlengrube „Königin Luise“ bei Zabrze in Oberschlesien gerieth am Sonntag, den 16. d. M., gegen Mittag in der Nähe des Georgschachtes aus bisher nicht ermittelter Ursache, anscheinend aber durch Fahrlässigkeit die Streckzimmerung im Schachtmansföb in Brand. Da es trotz eifriger Bemühung nicht gelang, das Feuer zu löschen, wurde die Abdämmung der Braubstöße angeordnet und in der Nacht von Sonntag auf Montag ohne Unfall ausgeführt, so daß am Montag früh jede Gefahr beseitigt schien. Die von der Brandstelle kommenden Gase zogen dem in der Nähe liegenden ausziehenden Wetterzschachte (Kudaszacht) zu, ohne belegte Arbeitspunkte zu berühren. Aus bisher nicht aufgeklärten Ursachen schlug aber die Wetterführung gegen Morgen des 17. d. M. um, so daß die giftigen brandigen Gase zum Theil in die beleagerten Räume des 91 Meter unter dem Schachtmansföb liegenden Heimföbdes Zutritt fanden. Von der angefahrenen und eben an ihren Arbeitspunkten angekommenen Delegation konnte sich der größte Theil noch retten, leider aber fanden acht Bergleute den Erstickenstod und sechs andere wurden so betäubt, daß sie dem Knappschachts-Lozareth zugeführt werden mußten, wo sie sich jedoch zur Zeit bereits außer Gefahr befinden. Abweichende, in die Tagesblätter aufgenommen, zum Theil sehr übertriebene Darstellungen des bedauerlichen Unfalls entsprechen nicht der Wahrheit. Ebenso ist es nicht richtig, daß die Grube „Königin Luise“ schon mehrmals der Schaulich schwerer Grubenkatastrophen gewesen sei. Wie jede andere Grube, ist auch sie den Gefahren des Bergbaues unterworfen; von schweren Unfällen ist sie aber erfreulicherweise bisher verschont geblieben.“

Zum Haseninspektor in Hamburg ist vom Senat Herr J. W. C. Siegmund ernannt worden. Derselbe war früher Kapitän bei der Kosmos-Linie und bekleidete seit 6 Jahren das Amt des Hasenmeisters im 4. Bezirk. (Wiederholt.)

Der Bericht der Senatskommission, die nach dem großen Hasenarbeiterstreik zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in Hamburger Hasen eingesetzt worden war, ist, wie Hamburger Blätter berichten, soeben veröffentlicht worden. Der Bericht umfaßt 215 Seiten mit 6 Tafeln, 1 Karte und 39 Anlagen. Er zerfällt in zwei Haupttheile, von denen der erste das Ergebnis der Vernehmungen und Verhandlungen wiedergibt, während der zweite die statistischen Aufnahmen über Löhne und Arbeitszeiten der Hasenarbeiter darstellt und erläutert. Die Protokolle über die Vernehmungen von Unternehmern und Arbeitern durch die Kommission sind noch im Druck. Wir werden den Bericht eingehend würdigen, sobald er uns zugegangen ist, und geben heute einige vom „Hamburgischen Korrespondenten“ mitgetheilte Daten daraus wieder.

Die Kommission hat über die Arbeitszeit im Hasen ermittelt, daß die meisten Unternehmer die theure und wenig lohnende Ueberstunden- und Nacharbeit nach Möglichkeit einzuschränken suchen, daß aber trotzdem solche Arbeit in einer Reihe von Betrieben in einer das zulässige Maß überschreitenden Ausdehnung vorgekommen ist.

Ueber die Löhne ist ermittelt worden, daß mit Ausnahme der Kesselschmied- und Schiffsmaler die Tagesverdienste in den verschiedenen Spezialbranchen nach Ansicht der Kommission, meist ausnehmend, zum Theil sogar höher sind als der für andere gleichwertige Arbeit in Hamburg gezahlte Lohn. Weiter wird angegeben, daß sich auch unter den Jahresverdiensten viele hohe und reichliche, daneben aber auch viele befinden, die nach den Lebensbedingungen in Hamburg als unannehmlich bezeichnet werden müssen. Beispielsweise habe 1895 der nominelle Jahresverdienst in 183 Fällen über 2000 M. betragen, in 1215 Fällen über 1500 M., in 5522 Fällen über 1000 M., in 17509 Fällen aber weniger als 1000 M. und davon in 15270 Fällen sogar weniger als 500 M. Der Bericht setzt auseinander, daß diese zahlreichen niedrigen Löhne, denen natürlich auch eine geringe Arbeitszeit entspricht, die Folge der unthätigen Arbeitsverhältnisse seien, die in der Mehrzahl der Hasengewerbe vorherrschen. Durch die verhältnismäßig hohen Tagelöhne gedrängt, drängen sich mehr Personen zur Arbeit als davon leben könnten, und infolge dessen käme auf die meisten weniger Arbeitszeit als sie leisten könnten und natürlich auch weniger Lohn als sie gebrauchen. Während nach den Ergebnissen der Statistik im Hasen je nach Umfang des Verkehrs 6000—10000 Personen täglich beschäftigt würden, wären im Jahre 1895 23 131, im Jahre 1896 jedoch 31 145 verschiedene Arbeiter im Hasen thätig gewesen, so daß auf rund 20000 Gelegenheitsarbeiter nur ein sehr kleiner Theil des im Hasen gezahlten Gesamtlöhnes hätte kommen können. Der Bericht sieht einen Weg zur Verbesserung dieser Verhältnisse in einer besseren Ordnung der Arbeitsvermittlung.

Nichtliche Mißstände wie bei der Arbeitsvermittlung hatten sich dadurch entwickelt, daß die Lohnauszahlung, entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, vielfach in Wirthschaften oder doch in Nebenräumen von Wirthschaften vorgenommen wurde.

Sehr viele Einzelbeschwerden sind der Kommission über mangelhafte, die Sicherheit der Arbeiter gefährdende Betriebs-einrichtungen vorgebracht worden. Die Abstellung der vorgefundenen Mißstände wird Aufgabe des Haseninspektors sein.

Die Beförderung zur Arbeitsstätte durch die Fährdampfer der Hasen-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sowie durch die Dampfer und Ruderboote der Jollenfahrer hat ebenfalls zu Klagen Veranlassung gegeben.

Im übrigen betreffen die Klagen die zu niedrige Bemessung der Steuern und die Mißstände im Schlaf- und Heuerbaaswesen.

Betreffs der zahlreichen Beschwerden der Seeleute befißt die Kommission, daß die Protokolle über die Vernehmungen Material zu künftigen reichsgesetzlichen Maßnahmen bieten werden. Schon diese wenigen Angaben zeigen, wie unberechtigt die Behauptung der Scharmachthaber ist, der Hamburger Hasenarbeiter-Streit sei ein künstliches Produkt „sozialdemokratischer Verheerung“ gewesen.

Gerichts-Beitrag.

Die Anschuldigung zweier Schussleute in Zivil beschäftigte gestern schon wieder die neunte Strafkammer dieses Landgerichts I. Unter der Anklage der Körperverletzung hatten sich die inzwischen vom Amte suspendirten Schussmänner Hermann Weber und Albert Manthey zu verantworten; ihre unter Anklage gestellten Handlungen sind begangen worden, als sie sich außerhalb des Dienstes befanden. Die Angeklagten sind eines Abends in der Treckdowstraße mit dem Maurer Weber und dem Manrexpolier Frädrich in einen argen Konflikt gekommen, über dessen Entstehung und Verlauf, wie dies bei solchen Anlässen immer der Fall zu sein pflegt, sie eine ganz andere Darstellung gaben, als die Gegenpartei. Nach der Darstellung der letzteren hat sich die Sache wie folgt abgespielt: Frädrich hatte mit Weber seinen Geburtstag gefeiert, während Frau Weber bei Frau Frädrich geblieben war. Um 2 Uhr morgens kamen sie nach dem Hause Treckdowstr. 52 zurück, Frädrich bemerkte noch Licht in seiner Wohnung, seine Frau stand auf dem Ballon und rief ihnen zu: „Na, es wird auch Zeit, daß Ihr heimkehrt!“ Die beiden Angeklagten befanden sich gerade um dieselbe Zeit in Zivilkleidung dicht bei dem Hause und einer von ihnen rief den beiden zu: „Nacht man schnell, sonst giebt's von Mutter noch Senge!“ Als die beiden Männer sich diese Redensart verbateten, ließen die beiden Angeklagten, wie behauptet wird, ohne weiteres mit Stöcken auf sie los und es entspann sich nun eine gegenseitige Schlägerei, wobei das Blut in Strömen floß. Die beiden Angeklagten sollten wie die Wirthenden um sich geschlagen und zunächst dem Maurer Weber zu Boden geschlagen haben. Als Frädrich seinem Freunde zu Hilfe kam, wurde die Schlägerei immer heftiger und endete erst, als Frau Frädrich ihren bei ihr wohnenden Schwager aus dem Schlafe weckte und ihrem Manne zu Hilfe schickte. Man rissen die beiden Angeklagten aus

und wurden von Frädrich und Weber verfolgt. In der Danzigerstraße- Ecke liefen die Fliehenden und die Verfolger mehrere Schussleute in den Weg und diese nahmen die ganze Gesellschaft mit zur Wache. Dort wurde Weber als ein in demselben Revier angestellter Schussmann erkannt; er hatte vorher die Gelassenheit wahrgenommen, sich im Keller des Hauses der Polizeiwache zu verstecken, um sich das Blut abzuwaschen. Die Angeklagten gaben zu, sich in der angegebenen Weise in die Angelegenheiten der beiden Verhafteten unbefugt eingemischt zu haben, behaupteten aber, daß sie die zuerst Angegriffenen seien. Dies wurde aber sowohl von den übrigen Angeklagten, als auch von den Zeugen Frädrich und Weber als unmoöglich erwiesen; letztere mußten allerdings zugeben, daß sie an jenem Abend je 20 Gläser Bier und einige Cognak getrunken hätten. — Staatsanw. Müller hielt dafür, daß es sich hier um einen Zusammenstoß zweier offenbar nicht nüchternen Parteien handle, der nicht besonders schwer liege. Mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit der Angeklagten, die zweifellos die Angreifer gewesen, und auf die Thatsache, daß die Verletzten keine schweren Wunden davon getragen, beantragte der Staatsanwalt die Jubiligung mildernder Umstände und je 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängnis. — Rechtsanwalt Fr. Fränkel gab anheim, die Angeklagten aus dem Gesichtspunkte der Nothwehr frei zu sprechen. — Der Gerichtshof verurtheilte jeden der beiden Angeklagten wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu 150 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis. Der Gerichtshof erwog straffschärfend, daß die Angeklagten, wenn sie bei dem Vorfall auch nicht im Dienst waren, doch zu den Beamten gehören, die gerade berufen sind, für Ruhe und Ordnung auf den Straßen zu sorgen.

Die Stellung Christi zu den Motiven der Verordnungs-verordnung kam gestern vor dem Kammergericht zur Sprache. Nach der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 10. Oktober 1896 darf während der Charwoche in Verkehrslokalen nur Musik gemacht werden, die einen ernsten Charakter hat. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung erhielt der Wirth Raster, der ein Restaurant mit Damenbedienung betreibt, ein Strafmandat, weil er am Palmsonntag in seinem Lokal lustige Musik gebudelt hatte. Schöffengericht und Landgericht sprachen ihn jedoch frei. Die Strafkammer führte aus, daß die Polizeiverordnung, welche die Gläubigen in ihrem Andachtsbedürfnisse schätzen wolle, allerdings rechtmäßig sei; sie könne aber hier nicht angewendet werden. Der Palmsonntag gehöre gar nicht zur Charwoche. Er könne erstlich nicht als erster Tag der Woche angesehen werden und dann lasse sich der Palmsonntag auch weder nach seiner geschichtlichen Bedeutung noch nach dem Wortsinne zur Charwoche rechnen. Die Charwoche sei die Leidenswoche und der Palmsonntag sei gleichsam ein Freudentag, denn er sei der Erinnerung an den fesselichen Einzug Jesu in Jerusalem geweiht. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein. In der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht betonte der Oberstaatsanwalt folgendes: Der Sonntag sei stets als erster Tag der Woche angesehen worden. Die Polizeiverordnung trage nur dem ersten Charakter der Charwoche Rechnung, in die der Palmsonntag einzuschließen sei. Christus selber habe den Palmsonntag als den Beginn seiner Leidenszeit aufgefaßt. Für die Anwendung der Verordnung vom 10. Oktober 1896 sei ferner wichtig, daß auch der Polizeipräsident, der sie erlassen habe, den Palmsonntag zur Charwoche rechne. Der Strafsenat wies die Revision insofern als unbegründet ab. Der Präsident machte geltend, es sei bei der Entscheidung belanglos, ob der Palmsonntag etwa nach der historischen Entwicklung oder der christlichen Anschauung zur Charwoche gehöre. Es komme vielmehr auf die Fassung der Polizeiverordnung an, und danach sei der Palmsonntag nicht der Charwoche im Sinne der Verordnung zuzurechnen. — Am Palmsonntag ist also musikalische Heiterkeit gestattet. —

Der Schlußfall des Fährerstreiks in Bantoch hat sich anfangs der Woche vor der Strafkammer in Landberg a. B. abgespielt. Im Verlaufe des ausgebrochenen Fährerstreiks kam es in der Nacht zum 13. September vorigen Jahres zu Ausschreitungen von Streikenden gegen Streibreaker, die sich hatten anwerben lassen und in der besagten Nacht nach Weidenhöhe abdampfen sollten. Auf dem Gange zum Bahnhofs wurden die Streibreaker von erregten streikenden Fährern mit Steinen beworfen. Nachdem vier der beteiligten überreifen Fährer bereits im vorigen Jahre wegen Landfriedensbruchs abgemurrt und mit hohen Gefängnisstrafen belegt worden waren, wurde jetzt gegen die Fährer Friedrich Donow und Friedrich Hoppe, beide aus Bantoch, verhandelt, gegen welche die Verhandlung so lange hatte ausgezögert werden müssen, weil sie sich auf Ausenarbeit befanden. Das Endergebnis war dasselbe wie in den früheren Verhandlungen. Beide Angeklagte wurden des ihnen zur Last gelegten Vergehens für schuldig befunden. Das Urtheil lautete gegen Donow auf 3 Monate, gegen Hoppe auf vier Monate Gefängnis.

Ein Fall grober Ausschreitungen zweier Gendarmen gegen einen in Haft befindlichen Knecht ist in Jasterburg in der letzten Strafkammer-Sitzung gerichtlich bestätigt worden. Im Juni vorigen Jahres verhafteten die Gendarmen Lerner und Weber-Georgenburg auf einer Baustelle den Knecht Brosulat wegen des Verdachts, einen Diebstahl begangen zu haben. In der Haftzelle stellten die Gendarmen mit W. ein Verhör an. Als W. die That leugnete, rief Lerner ihn an einem Ohr, während Weber ihm das Gesicht mit Faustschlägen so bearbeitete, daß es stark blutete. Nach dieser That schlug den Sicherheitsbeamten wohl das Gewissen. Weber holte eine Schüssel mit Wasser herbei und veranlaßte den Knecht, die Blutspuren zu beseitigen; dieses gelang indessen nur sehr unvollständig. Der Redakteur Lohde, der diesen Fall in der „Ost. Ztg.“ zur Kenntniß der Leser brachte, stand nun vor der Strafkammer unter der Anklage, die beiden Gendarmen beleidigt zu haben. (1) Der Gerichtshof kam auf Grund der Aussagen des Knechts W. sowie anderer Zeugen zu der Ansicht, daß alle in der betr. Noth vor-gebrachten Behauptungen in allen wesentlichen Punkten den Thatsachen entsprechen haben, schenkte den Aussagen des Gendarmen Weber seinen Glauben und sprach den Redakteur Lohde frei. Der Staatsanwalt hatte 100 M. Geldstrafe beantragt! „Man“ ist nun gespannt darauf, welche Strafen die Beamten wegen Ueberschreitung ihrer Befugnisse treffen werden.

In einem Monat Gefängnis ist gestern der Schlächtermeister Paul Richter aus Bieddorf von der dritten Strafkammer am Landgericht II verurtheilt worden, weil er total verdorbene Wurst in den Handel gebracht hatte. Glücklicherweise ist die Waare noch rechtzeitig von der Behörde konfisziert worden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Essen a. d. Ruhr, 20. Januar. (W. Z. B.) Die „Reichs-“Westfälische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Auf der Bleierz-Grube Benthausen bei Düsselrat sind fünf Bergleute verschüttet worden. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Vom Landratsamt ist eine Abordnung an die Unglücksstelle abgegangen.

Triest, 20. Januar. (W. Z. B.) Infolge des hier herrschenden dichten Nebels sind in letzter Nacht hier zahlreiche Unglücksfälle vorgekommen. Etwa 20 Personen sind ins Meer gestürzt, mehrere davon ertrunken.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.) In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr gaben zwei Individuen Revolvergeschosse auf den vor einer Polizeistation Posten stehenden Polizeibeamten ab, welcher indessen nicht getroffen wurde. Die beiden Personen wurden verfolgt und festgenommen, leugneten aber, die Urheber des Attentats zu sein. Die Verhafteten sind junge Leute im Alter von 18 und 19 Jahren. Ein Beweis dafür, daß sie Anarchisten seien, liegt nicht vor.

Kanton, 20. Januar. (W. Z. B.) Der bei Langfen angegriffene Missionar Hommer ist nach seiner Missionstation Ramjung zurückgekehrt. Derselbe befindet sich außer Gefahr. Von chinesischer Seite sind Maßnahmen für die Sicherheit der Station getroffen. Auch ist Bemühen für die dem Missionar widerfahrte Behandlung zugesichert worden.

Reichstag.

21. Sitzung. Donnerstag, den 20. Januar 1898. Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky. Präf. v. Quol eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Verhandlung des Spezial-Etats Reichsamt des Innern. Hierzu stehen mit zur Diskussion die Anträge Dize (3), betr. die Zusammenstellung der für Betriebe mit Wind und unregelmäßiger Wasserkraft getroffenen Verfügungen, Antrag Pachnide, betr. die Befreiung der dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen, und folgender neu eingelaufener Antrag der Abg. Dr. Lieber, Dr. v. Hertling und Dr. Dize (3):

Der Reichstagsler zu ersuchen, eine eingehendere Bericht-erstattung über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken: Umfang, Gründe und Gefahren der Beschäftigung, Möglichkeit, Zweckmäßigkeit und Wege der Beschränkung zc. — in den nächsten Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu veranlassen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Nachdem ich von den Sozialdemokraten in wiederholter und verschärfter Weise apostrophiert worden bin, muß ich in dieser Debatte noch einmal das Wort ergreifen. Die Ausführung der sozialpolitischen Gesetzgebung in dem Arbeiterschutz-Gesetz vom Jahre 1890 hatte als wesentlichen Grundgedanken neben dem Arbeiterschutz auch den, daß die Arbeiter auch vor der Gewaltthätigkeit ihrer Mitmenschen zu schützen seien. Dazu genügte aber der § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht. Machen sich Arbeitgeber der gewaltsamen Hinderung der Arbeiter an Verabredungen schuldig, nun gut, dann sollen sie auch bestraft werden. Niemand im Hause wird gegen die volle Gleichberechtigung sein. Man sagt, das Verbindungsverbot benachteilige die Arbeiter. Wir sind doch bereit, den § 8 aufzuheben, darüber besteht ja gar keine Meinungsverschiedenheit. Wir verlangen nur entsprechende Korrelate. Durch diese Korrelate würde die Sozialdemokratie nicht im mindesten beeinträchtigt werden. Durch Wegfall des Sozialistengesetzes hat die Sozialdemokratie den großen Zulauf erhalten. Bei den Wahlen 1890 war das Gesetz allerdings noch in Kraft, der Beschluß, es nicht zu erneuern, war aber bereits gefaßt. Der Effekt war also derselbe, als wenn das Sozialistengesetz schon gar nicht mehr existierte. Die von uns geforderten Korrelate bedeuten kein neues Sozialistengesetz. Man macht dem Arbeitgeber Vorwürfe, wenn er Arbeiter nicht beschäftigt, die einer Gewerkschaft angehören. Diese Freiheit aber muß der Arbeitgeber haben, denn der Arbeiter braucht ja auch bei keinem Arbeitgeber zu arbeiten, der ihm nicht paßt. In meinen Augen ist es gleich, ob ein Arbeiter sich einem Gewerksverein oder der politischen Partei der Sozialdemokratie anschließt, ob er unter dem Kommando des Herrn Regien, oder des Herrn Singer steht.

Sie sagen, es sind gar keine Gewaltthätigkeiten vorgekommen. Dem gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß tatsächlich Ausschreitungen, und nicht nur von nicht organisierten Arbeitern, vielfach festgesetzt sind. Redner verliest einige Schriftstücke, die eine Reihe von Gewaltthätigkeiten konstatieren sollen. Herr Regien hat die Arbeiter, die in dem Hamburger Streik einsprangen, Gefindel genannt; ich glaube, wenn diese unberechtigten Eingriffe in ihr freies Selbstbestimmungsrecht energisch zurückgewiesen haben, so haben sie diesen Namen durchaus nicht verdient. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Redner verliest eine weitere Reihe von Beispielen von den amerikanischen und englischen Arbeiterorganisationen, die dorthin sollen, daß die Forderungen, zu denen sich organisierte Arbeiter verhalten, das Maß dessen weitans übertragen, was mit der modernen Produktionsweise in Einklang gebracht werden könne. Herr Regien beschränkt, daß die englischen Gewerksvereine die Abschaffung der Maschinen verlangen; ja, aber sie verlangen, daß die Maschinen nicht genaugenutzt werden sollen. Das geht nicht. Der Fabrikherr muß Herr in seinem eigenen Hause sein. Herr Regien hat gesagt, ebenso naturnotwendig, wie die politische Demokratie, kommt das konstitutionelle wirtschaftliche Regime. Nun, ich bezweifle, daß in einer Fabrik ein konstitutionelles System möglich ist; da muß unbedingte Autorität herrschen, sonst geht der Betrieb zu Grunde. Auch in England beginnt man das einzusehen; da giebt es jetzt schon viele Unternehmer, die da sagen: das geht nicht länger so.

Es ist vorgekommen, daß von Sozialdemokraten 1500 M. als Minimallohn aufgestellt wurde. Ja, meine Herren, bei solchen Forderungen kann von Mäßigung und Maßhalten nicht gesprochen werden. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse der katholischen Arbeitervereine kann ich nicht beurtheilen; aber daß viele evangelische Arbeitervereine den sozialdemokratischen durchaus nahe stehen, kann nicht bestritten werden und es stehen in vielen Fällen Geißliche an der Spitze. Ich will damit nicht die evangelischen Geißlichen im allgemeinen angreifen, deren Kirche ich annehme und die den sozialistischen Ideen durchaus entgegen arbeiten.

Herr Regien hat von der Kulturarbeit der sozialdemokratischen Organisationen gesprochen. Meine Herren, wenn Sie sich Zeit nehmen, diese zu studieren, was würden Sie da finden! Sie werden sehen: die Religion, die Vaterlandsliebe, die Liebe zur Familie, die Ehrlichkeit: das alles wird von den Sozialdemokraten systematisch untergraben; und statt dessen wird ihnen das Gift der Unzufriedenheit, des Neides und der Habgier eingeflößt. Redner verliest eine Reihe von Zitaten aus Zeitungen, die seine Behauptungen belegen sollen. Ist das auch ein schlechter Witz, wenn im „Wahren Jakob“ der Kapitalismus als eine Schlange dargestellt wird, der Herr Singer den Kopf abschlägt? Ich kann mir sehr ernsthafte Leute denken, die das anders auffassen, die darin eine direkte Aufforderung erblicken.

Meiner Meinung nach ist auch die anarchistische Bewegung nur ein Ausfluß der sozialdemokratischen Lehren. Beider Ziel ist der Kommunismus, und wenn eine anarchistische That begangen ist, wird sie zwar in den sozialdemokratischen Zeitungen nicht gelobt, aber doch entschuldigt. Der Abg. Regien hat gesagt, es wäre schade, daß ich nicht hundert Jahre früher geboren bin. Nun, wenn das wäre, dann wäre die Arbeiterwohlthätigkeits-Gesetzgebung hundert Jahre früher gegeben worden. Davon seien Sie überzeugt. Wenn ich in meinen Werksstätten die Sozialdemokraten fern halte, so thue ich das nur, um die Freiheit meiner Arbeiter von ihnen zu schützen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Regien hat so gethan, als ob der Sozialismus eine besondere Errungenschaft des 19. Jahrhunderts wäre. Wir haben aber doch auch im 18. Jahrhundert solche sozialistische Bewegungen gehabt. Aber über diese ist die Geschichte zur Tagesordnung hinweggegangen, wie sie über die jetzige Bewegung zur Tagesordnung weggehen wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den Antrag Pachnide halte ich für unnötig. Sie sollten doch hier nicht Anträge annehmen, die die Regierung nicht in der Lage sein kann anzunehmen. Nehmen Sie ihn aber doch an, so bin ich der Uebergang, daß die Regierung Ihnen darin nicht folgen würde. (Beifall rechts.)

Abg. Fischer (Soz.): Die letzte Bemerkung des Abg. v. Stumm ist sehr charakteristisch. Sie zeigt, daß er nun schon von der Zeichnung des Reichstags herab der Regierung vorschreibt, was sie annehmen kann und was nicht. Daß der „Geheime Ober-Regierungsrath“ von Stumm wirklich der Herr der Regierung ist, ist allgemein bekannt. Daß er aber nun selber zu dieser Ueberzeugung gekommen ist, das ist sehr charakteristisch und steht im Einklang mit der anderen Aeußerung: Wenn er hundert Jahre früher auf die Welt gekommen wäre, dann hätte die Weltgeschichte einen ganz anderen Lauf genommen. (Heiterkeit. Zuruf v. Stumm: Davon hab' ich nichts gesagt!) Wie er sich das wohl vorstellen mag! Nein, Herr v. Stumm, schon vor Ihnen hat es Leute gegeben, die diese Gedanken des Arbeiter-

schutzes gehabt haben. Es wird kein Arbeiterkongress abgehalten, ohne daß diese Forderungen diskutiert werden, und wenn Sie das kommunistische Manifest vom Jahre 1847 lesen, dann können Sie das schon belegt finden. Der einzige Name Robert Owen sollte eigentlich einem Manne von der wirtschaftlichen Bedeutung, die der Frhr. v. Stumm sich selber zuschreibt, nicht unbekannt sein. Frhr. v. Stumm hat heute wieder seine alte Rede gehalten, die wir schon hundertmal von Malen von ihm gehört haben, auf die schon keiner hier im Reichstage mehr hört. Einige seiner charakteristischsten Gedanken möchte ich aber doch besprechen. Wieder verwies er auf die Ausschreitungen bei Streiks, in Hamburg und beim Leipziger Mauerstreik, um nachzuweisen, daß die Veränderungen, die in dem Erlaß in Aussicht gestellt werden, notwendig seien. Wir sollten bestritten haben, daß überhaupt je Ver-schleungen in dieser Beziehung vorgekommen seien. Das ist keinem von uns eingefallen; wir haben nur bestritten, daß es in dem Maße geschehen sei, daß ein Vorgehen auf dem Wege, den der Erlaß an-giebt, sich als notwendig erweise. — Eine Aeußerung aber hat er gethan, die er selber wohl nachträglich sehr bedauern wird. Er hat es gewagt, es als maßlose Forderung zu bezeichnen, wenn Arbeiter 1500 Mark pro Jahr als Durchschnittseinkommen fordern. Das ist derselbe Mann, der ein jährliches Einkommen von 2 Millionen hat! Der stellt sich hin und bezeichnet es als maßlos, wenn der Arbeiter 4 Mark pro Tag fordert! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Selbst die Regierung hat in einem Gesundheitsbüchlein als Mindesteinkommen einer Familie von 5 Köpfen 3 Mark berechnet, und das nur für unmittelbare Lebensmittel, ohne Kleidung, ohne Wohnung, ohne irgend welche Genussmittel. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren 12, 25 ja 40 pCt. Dividende verdient! Und jetzt sind für einen der kapital-freistigsten Unternehmer 1500 M. für den Arbeiter übergenug, eine maß-lose Forderung! Ein besseres Argument hätte er uns gar nicht gegen sie geben können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Frhr. v. Stumm glaubt seinem Freunde v. Kardorff zu Hilfe kommen zu müssen, um den Beweis zu führen, daß ein neues Sozialistengesetz notwendig sei. Er bestritt, daß die Sozialdemo-kratie unter dem Gesetz gewachsen sei, dieses habe vielmehr einen wesentlichen Einfluß gehabt und das Wachstum derselben stark be-einträchtigt. Sehen Sie sich doch nur die amtlichen Zahlen der ver-schiedenen Wahlen während der Zeit des Gesetzes an, einen besseren Beweis können wir nicht erbringen dafür, daß das Sozialistengesetz sich als machtlos erwiesen, vielmehr dazu gedient hat, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein, zum Widerstand gegen die Unter-drückung zu provozieren, ihnen den Gedanken der Rebellion in die Köpfe hineinzuzwingen. Dann hat der Frhr. v. Stumm in seiner Rede den alten Gedanken variirt, daß die Februar-Erlasse ihre Durchführung gefunden haben. Man braucht nur den Wortlaut derselben zu lesen, um zu sehen, daß eine solche Auffassung eigentlich unmöglich ist. (Redner verliest den Erlaß.) Die Behauptung, daß diese Gedanken durchgeführt seien, steht auf derselben Stufe, wie die Behauptung, daß der Antrag Pachnide unnötig sei, weil seine Forderungen, soweit es möglich ist, bereits gültig sind. Das heißt nicht denken, sondern denken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da hilft kein Reden und Denken, die Februar-Erlasse sind noch nicht erfüllt. Darin ist ja das konstitutionelle Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter festgelegt, was so sehr das Schandern des Herrn v. Stumm erregt, in dem er den Grund alles Umsturzes sieht. Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag wie jeder andere. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, nur seine Arbeitskraft, nicht seine politische Gesinnung, nicht seine Persönlichkeit. Vom Unter-nehmer aber wird in den Vertrag das politische Element hinein-getragen und der Staat begünstigt es im Interesse der Monarchie. So viel zur heutigen Rede v. Stumm's.

In einer seiner letzten Reden hat Herr v. Stumm in der ihm eigenen geschmackvollen und gebildeten Weise von den Blutsaugern gesprochen, die sich von den Arbeitergroßen nisten, und er hat dann die Erläuterung gegeben, daß er mit den Blutsaugern alle sozialdemokratischen Agitatoren gemeint habe. Die Parteiangestellten und Leiter unserer Organisationen verdienen ihr Gehalt in rechtlicher, ehrlicher Arbeit. Herr v. Stumm war in letzter Linie berufen, in solcher Weise von diesen Männern zu sprechen. Die ehrlische saubere Arbeit ist bei den Parteiführern namentlich der freikonservativen Partei nicht zu finden, was doch Herr v. Stumm aus der aller-letzten Zeit wissen muß. Ich erinnere aber noch an den edlen Frhr. v. Lühow, der jetzt wegen Urkundenfälschung im Gefängnis sitzt, aber noch bei den letzten Wahlen in Schlesien im Interesse der konservativen Partei agitiert hat. Ich erinnere an den Wechsel-sälssler v. Schorlemer, der dann wegen delirium tremens in eine Irrenanstalt kam, aber noch kurz vorher eine starke Säule des sächsischen Konservativismus war. Vom Frhr. v. Hammerstein will ich nicht reden, obwohl auch er kein sozial-demokratischer Agitator war, sondern Herr v. Stumm ganz nahe stand. Ganz abgesehen davon aber, wo hat denn Freiherr von Stumm seine Millionen, seine zwei Millionen jährliches Ein-kommen her? Doch nur aus den Taschen der Arbeiter, doch nur durch die Nichtzahlung der Differenz zwischen dem Lohn und dem wirklichen Arbeitswert. Von den Arbeitern, die Jugend, Gesund-heit und oft das Leben im Dienste des Kapitalismus einbüßen, hat Herr von Stumm seine Einkünfte und zum Dank dafür tituliert er sie dann als Vertreter im Herrenhause „Lanshuben“. (Bravo links.) Herr v. Stumm würde vielleicht beleidigt sein, wenn ich ihn vorwerfen wollte, daß sein Eintreten für die Militär- und Marinevorlage, für die Eisenbahnen im Interesse seines materiellen Einkommens geschähe, obgleich der Parteigenosse des Herrn v. Stumm, Herr v. Kardorff, es für seine Ehre er-klärt hat, daß politische Ehrenamt eines Reichstags-Abgeordneten zu finanziellen Operationen auszunutzen. (Sehr richtig! links.) Es wird von den Herren immer von dem berechtigten Gewinn des intelligenten Unternehmers gesprochen, vom Unternehmungsgeist, vom Risiko des Unternehmers und dem Entbehrungslohn. Die Aktiengesell-schaften, wo so viele mühelosen Gewinn einheimen, beweisen doch aus-schlagend, daß im Produktionsprozeß das überflüssigste Mitglied der Unternehmer ist. Napoleon I. hat einmal gesagt, er wolle nicht wie die konstitutionellen Könige nur das Maßschwein der Nation sein, das heutige Unternehmertum scheint sich in dieser Rolle aber ganz wohl zu fühlen. (Murmur rechts. Bravo! bei den Sozial-demokraten.)

Graf Posadowsky entrüstete sich so sehr über die Veröffentlichung seines geheimen Erlasses und die Herren nationalliberalen Ab-geordneten klatschten ihm Beifall. Wie kommt es denn aber, daß die nationalliberalen Blätter weitestens, Regierungsvorlagen vorzeitig zu veröffentlichen. (Heiterkeit.) Der Herr Staatssekretär und sein Parteigenosse v. Stumm (Große Heiterkeit) mügen sich nur darüber entrüsten! Ich verstehe die Entrüstung nicht, denn Graf Posadowsky müßte doch den Kaufprozess, an dem doch seine Ministerkollegen beteiligt waren, kennen. Weiß er denn nicht, daß dort gerichtlich festgestellt worden ist, daß die Polizei die Unterschrift des Abg. Grafen Carmer gefälscht hat, um das Exemplar einer Korrespondenz in ihre Hände zu bekommen? Weiß er denn nicht, daß der Edle v. Lühow von der Polizei veranlaßt worden ist, ein Exemplar dieser Korrespondenz zu stehlen (Sehr gut links), hat nicht Herr v. Lühow erklärt, die unansehen und gefährlichsten Aufträge seien ihm nicht von der politischen Polizei, sondern von ganz anderen Stellen geworden? Wir kennen ja die Militärverwaltung mit ihrer Spionage (Sehr gut links). Hat nicht der Prozess Tausch erwiesen, daß der Kriegsminister den Minister des Innern bespioniert? Wenn preussische Minister so gegen einander vorgehen, dann will man und Moral predigen, weil wir einen Erlaß veröffentlichen, den wir ohne unser Zutun erhalten haben. Sind wir nicht mit der Regierung in fortwährendem Kriegszustand, — mit einer Regierung, die uns täglich zum Ueberfluß und zum

Uebel erklärt, daß unsere Partei vernichtet werden müsse, die stets und ständig den deutschen Arbeiter mit wahrer Schänderhamesbrutalität knebelt? (Bravo bei den Sozialdemo-kraten.)

Graf Posadowsky entrüstet sich über den angeblichen Terroris-mus der Arbeiter, er hat aber kein Wort der Mißbilligung über den Terrorismus der Unternehmer, die ihren Arbeitern verbieten, einer Gewerkschaft anzugehören, sich politisch zu betheiligen, die Blätter zu lesen, die ihnen passen. Ja, Herr v. Stumm ist so weit gegangen, seinen Arbeitern das Heirathen zu verbieten. Wie würden Sie über den Terrorismus der Arbeiter schreien, wenn es sich ein Arbeiter erlauden sollte, den Arbeitgeber für unreif und unerfahren zu er-klären. (Sehr richtig. links.)

Und da wundert sich der Herr Staatssekretär, wenn wir in Ueber-einstimmung mit der Auffassung auch einsichtiger Angehöriger der Intelligenz sagen, daß die Regierung mehr als je die Sachwalterin der Unternehmerinteressen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Gewiß giebt es in der Unternehmungsklasse entgegenge-setzte Gruppen und Graf Posadowsky gilt als Viebling der Agrarier, während sein Vorgänger, Herr von Bötticher, der Vertrauensmann der Handelskapitalisten war. In dem großen sozialen Kampfe hat sich die Regierung auf die Seite des Unternehmertums gestellt mit allen ihren Machtmitteln, mit Polizei, Militär und Ge-längnissen. Fürs Wundbar hat es offen als das Ziel der Regierung bezeichnet, Millionäre zu züchten und hat bei sich selbst damit be-gonnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man kann aber nicht Millionäre züchten, ohne die Massen auszupötern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Und ganz den gleichen Standpunkt hat Graf Posadowsky eingenommen, als er sagte, der Erlaß sei durch die Unterschwerpektionen veranlaßt worden. Nun, auch die Kaiserrede in Bielefeld wird doch ihrige dazu beigetragen haben. Lassen doch die Minister wortgetreu ihr Amt als Diener so auf, daß sie jedem augenblicklichen Wechsel an Stimmungen und Ent-schlüssen oben nachgeben und folgen. Weßhalb ist Graf Posadowsky denn entrüstet, wenn wir den Staat als eine Versicherungsgesellschaft der Unternehmungsklasse zum Schutze der Ausbeutung bezeichnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er meinte, der Erlaß wolle nur Erhebungen veranlassen. Wir aber haben allen Grund, in dem Erlaß den Versuch eines Attentates auf die Koalitionsfreiheit zu sehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.) Die richtige Deutung hat der Erlaß durch die nachfolgende Rede des Staatssekretärs erhalten, worin er sagte, daß Koalitions-recht sei in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht nicht so nötig. Der palonische Satz von der prinzipiellen Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit ändert nichts daran. In dem zweiten Theile des Erlasses wird gefragt, ob nicht noch weitere Maßnahmen nötig sind, als die im Jahre 1891 abgelehnten Verschärfungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung. 1890 konnte sich die Regierung bei ihren Verschärfungsvorschlägen noch auf den Bergarbeiter-Streik berufen, der theilweise unter Kontrakt-bruch begangen war. Was aber würde jetzt eine Verschärfung des Koalitionsrechts rechtfertigen, wenn nicht die Wünsche der Unter-nehmerklasse und ihr Haß gegen die Arbeiterorganisationen? Wer soll die Erhebungen veranlassen, von denen der Erlaß spricht? Die Polizeibehörden, die wie die Berichte der Fabrikinspektoren selber sagen, in kleineren Orten abhängig von den Unternehmern sind? Horrende Strafbestimmungen wurden schon 1891 vorge schlagen, als Minimalstrafe bei wiederholter Aufforderung zum Kontraktbruche 1 Jahr Gefängnis. Die ärgsten Verbrechen, Meineid, Ehebruch, Kuppelei, Tödtung, Ausbeutung, Abtreibung, Raub, Erpressung u. s. w. ja auch Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung und Religionshörung werden vom Strafgesetze mit geringeren Minimalstrafen bedroht, als diese Schädigung der Kapitalisten bestraft werden sollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das keine Parteinehmer für das Unternehmertum ist, dann verleihe ich das Wort Parteinehmer nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde das Reichsamt des Innern etwa einen solchen Erlaß er-gehen lassen, wenn sich die Arbeiter beschwerten über die fortgesetzten Verletzungen der Gewerbe-Ordnung und der Koalitionsfreiheit durch die Unternehmer? (Zuruf rechts.) Nein, es würde nicht daran denken. Die „Magdeburger Zeitung“ berichtete jüngst, daß der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister an den Reichstagsler und das Reichsamt des Innern die Frage gerichtet, ob es zulässig sei, von Angehörigen der Verbandsvereine zu verlangen, daß sie keine Gesellen aus Orten, wo ein Streik ausgebrochen ist, beschäftigen dürfen. Es ist den Fragern darauf anheimgestellt worden, per-sönlich zu erscheinen. Als vorsichtige Leute wollten die Regierungs-männer nichts Schriftliches von sich geben. Mündliche Auskunft eines Untergebenen kann man, wenn nötig, desavouieren. (Heiter-keit bei den Sozialdemokraten.) Daß hat der Prozess Tausch gezeigt. Im Auftrage des Verbandes erschien der Landtags-Abgeordnete Baumeister Felsch im Reichsamt des Innern und der Geheime Regierungsrath v. Sydow erklärte ihm, daß die Regierung seine Veranlassung nehmen würde, gegen einen solchen Beschluß des Innungsverbandes auf Grund des § 104 der Gewerbe-Ordnung einzuschreiten. Der § 104 bezieht sich auf Aufgabe der Innungen die Pflege gemeinsamer Interessen. Die Auskunft des Reichsamts des Innern wird denn auch bereits als bedeutsame Handhabe gegen Streiks bezichnet. Wenn sich also die Unternehmer koaliren, um „arbeitswillige Arbeiter“ am Arbeiten zu verhindern, weil sie aus Orten herkommen, wo gestreikt wird, so erteilt das Reichsamt des Innern hierzu den Freibrief und die Zustimmung. Die Arbeiter sollen dadurch gezwungen werden, sich von bestimmten Unternehmern ausbeuten zu lassen, selbst die Wahl unter den Unternehmern wird ihnen verwehrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was für Verhältnisse sind das, unter denen wir leben. In Bielefeld eine große Rede an die Richter, mit harten Strafen vorzugehen gegen die, die Arbeitswillige am Arbeiten hin-deren und hier offiziell gewährleistete Straflosigkeit für dieselben Handlungen, wenn sie von Unternehmern begangen werden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da wird es begreiflich, wenn immer weitere Kreise der deutschen Arbeiterklasse zu der Meinung kommen, die Februarerlasse seien nur ein Mandat ge-wesen, um der Sozialdemokratie Stimmen zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damals war von der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine der Arbeiter die Rede, jetzt spricht man verächtlich von bezahlten Arbeiteragitatoren. Die bezahlten Agitatoren der Unternehmer, wie Herr Bueck, gelten der Regierung als unabhängige Sachverständige und werden in den Ausschuss zur Vorbereitung der Handelsverträge berufen. Graf Posadowsky meint, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer müsse ein Vetäusverhältnis sein. Das ist bezeichnend für sein sozialpolitisches Verhältniß. Gegen wen sollen denn die Arbeiter in Aktienfabriken, in Bergwerken Vetäus empfinden? Heute für die Berliner, morgen für die Londoner, übermorgen für die Pariser Börsenleute wohl, die im Besitze der Aktien sind? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine Regierung wirklich von sozialpolitischem Verhältniß durchdrungen wäre, müßte sie mit uns den Kampf führen gegen diese überflüssige Drohnen-gesellschaft! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Mit den wechselnden Anschauungen der Vorgesetzten verändert sich auch die Meinung der Räte und Direktoren der Reichsämter. 1891 hielt der Geh. Oberregierungsrath Thiel auf dem Kongress des Vereins für Sozial-politik eine Rede, in der er die Anschauung bekämpfte, als dürften die Unternehmer nicht mit den Arbeitern verhandeln. So gut wie die Unternehmer die Lieferanten einer Waare als gleichberechtigt betrachteten, so gut müßten sie auch die Lieferanten der Arbeits-kraft, die Arbeiter als gleichberechtigt betrachten, sagte er, und weiter forderte er volles, uneingeschränktes Koalitionsrecht. Prattsch hat sich die Regierung freilich nie auf diesen Standpunkt gestellt. Aus dem 1890 aufgestellten Grundsatze, daß die Staatsverwaltung in ihren Betrieben in den Arbeitslöhnen hinter den Privatbetrieben

nicht zurückgehen dürfen, diese zu Musterbetrieben machen solle, ist jetzt mit offener Gewalt die Umdeutung entstanden: die Staatsbetriebe sollen keine höheren Löhne zahlen, als die Privatunternehmer. So hat ein Staatsbetrieb beschlossen, den Verdienst der Arbeiter den Zeitverhältnissen entsprechend zu reduzieren. Eine ähnliche Vereinbarung ist aus dem Saarrevier bekannt geworden. Das ist der neue sozialpolitische Kurs.

Der Staatssekretär hat in der ersten Besung hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse dem Unternehmer zu großem Danke verpflichtet sei. Die Gesamtheit der Unternehmer zahlt täglich eine Million für das Versicherungswesen der Arbeiter. Diese Zahl soll uns nun imponieren. Aber es gibt bei uns 18 Millionen versicherungspflichtiger Arbeiter; es kommt also auf den Kopf jedes Arbeiters die ungeheure Summe von 5 1/2 Pf. Und nun wollen wir einmal die Gegenfrage thun: was verdient der einzelne Unternehmer täglich an dem einzelnen Arbeiter? Darüber schwieg der Herr Staatssekretär. In der offiziellen Marine-Dienstzeitung heißt es: 1 1/2 Milliarden haben deutsche Unternehmer in ausländischen Unternehmungen angelegt, weitere 1 1/2 Milliarden in ausländischen Staatspapieren; das giebt doch mindestens einen Profit von 700 Millionen; also 1 Million zahlt die gesamte Unternehmerklasse an 18 Millionen deutscher Arbeiter, und ca 2 Millionen verdienen täglich einige hunderttausend Unternehmer allein aus dem Auslande. Wieviel aber an Zinsen, Gewinnen und Renten aus dem Deutschen Reiche selbst? Auch darüber schwieg der Herr Staatssekretär. Und woher all diese Millionen? Wer hat sie erarbeitet? Woher anders kommen sie als aus nicht bezahltem Arbeitslohn, aus der Differenz des wirklichen Arbeitslohnes und der elenden Hungerlöhne? Dieser ungeheure, ihren Erzeugern vorenthalte, auf gesetzlichem Wege unterschlagene Arbeitsverdienst wandert in die Taschen der Unternehmerklasse; und wenn letztere dafür dem Arbeiter 5/2 Pf. pro Tag Versicherungsgebühr zahlt, dann posant der Herr Staatssekretär das als besondere Wohlthat aus, die die Arbeiter zu tiefster Dankbarkeit verpflichten soll. Für diese 5/2 Pf. sollen die Arbeiter ihre politischen Rechte, ihre wirtschaftlichen Forderungen preisgeben und ihren Ausbeutern für die Ausbeutung noch Dank sagen.

Dies Alles hat aber noch keine bedeutende Reife; es ist charakteristisch, daß Graf Posadowsky aus hierüber kein Wort gesagt hat. Betrachten wir einmal die Zahl der Unfälle. Nach dem Rechnungsergebnis der Berufsgenossenschaften für 1896 hat sich folgendes ergeben: es haben stattgefunden 351 789 Unfälle; von diesen sind nur für 86 408 Verunglückte Entschädigung gezahlt, 2/3 von allen sind noch in der Schwere oder schon abgelehnt. Unter diesen 86 408 Fällen betreffen 2650 Kinder unter 16 Jahren; ferner giebt es da 7101 Tote, 1547 dauernd völlig erwerbsunfähige, 44 982 dauernd teilweise erwerbsunfähige Krüppel. Insgesamt gab es in den Jahren 1886—95: 51 761 Tote, 2 818 ganze Krüppel, 236 470 halbe Krüppel; und nur 119 441 sind wieder gesund gemacht; aber fragt mich nur nicht, wie! In 10 Jahren sind der Profitgier und Dividendenjagd unserer Unternehmerklasse eine halbe Million Menschen zum Opfer gefallen — mehr als im ganzen deutsch-französischen Krieg. Wo ist ein verunglückter Unternehmer zu finden? (Zuruf von allen Seiten: Vorsicht! Große Unruhe; der Abg. Fischer kann sich nur schwer verständlich machen.) Also über eine halbe Million Arbeiter und ein Unternehmer! Und der auch nur wegen einer falschen Anordnung, die er selber gegeben hatte. (Die Unruhe dauert eine Weile lang fort; der Präsident bittet um Ruhe; man versteht den Abg. Fischer nicht.) Sie begreifen die Bedeutung dieser Zahl nicht. Die Arbeiter sehen Leben und Gesundheit aufs Spiel, und die Unternehmer zahlen die paar Lumpigen Pfennige — noch dazu aus dem vorenthaltenen Arbeitsverdienst der Arbeiter, und dafür sollen sie doch dankbar sein — sie müßten wirklich Hundeseelen sein!

Herr v. Posadowsky hat die Nothwendigkeit des Erlasses auch durch den Hinweis darauf darzutun versucht, daß einzelne Gerichte sich veranlaßt gesehen haben, das Ausstellen von Streitposten zu bestrafen. Das ist doch ein recht merkwürdiges Argument. Die Gerichte sind ebenso wie die Regierung nur ein Werkzeug des Klassenstaates, oft, ohne es zu wollen, leider nur zu häufig ganz bewußt. Die Justiz zeigt den Arbeitern ein anderes Gesicht, als den Unternehmern. Wann hat jemals ein Staatsanwalt Klage erhoben gegen einen Unternehmer wegen gewaltsamen Vorgehens gegen seine Arbeiter? Da sind in Spandau kürzlich Arbeiter gezwungen worden, schriftlich ihre Zustimmung zu einer Lohnreduktion zu geben; wer nicht unterschrieb, wurde einfach entlassen; da ist kein Gericht eingeschritten. Unsere Rechtsprechung auf sozialem Gebiet ist geradezu ein Skandal.

Präsident v. Duol (unterbrechend): Ich habe den Abg. Fischer bisher nicht unterbrochen, um seine Ausführungen nicht zu stören. Nunmehr aber muß ich erklären, daß mehrere seiner Ausführungen nicht parlamentarisch waren. Er sprach von der Schinderhannes-Brutalität der Regierung, er nannte die kaiserlichen Erlasse einfache Wahländerer und nennt jetzt die Rechtsprechung auf sozialem Gebiete einen Skandal. Wegen all dieser Dinge rufe ich den Abg. Fischer zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Fischer (fortfahrend) führt eine ganze Reihe von einzelnen Fällen an, die die Parteilichkeit der Justiz darthun sollen. Charakteristisch sei, daß ein ehemaliger Richter die Regierung des Kaisers Wilhelm I. deshalb so rühmend wertet fand, weil sie nicht Halt gemacht habe vor der Verfassung. Ein schlagendes Beispiel bietet auch der in letzter Zeit sehr bekannt gewordene Herr Mittelstädt, der erklärt hat, warum er nicht Senatspräsident beim Reichsgericht geworden sei: weil er nicht genügend willfährig gewesen sei den Wünschen von oben her. Redner führt noch eine weitere Reihe von Beispielen an, die seiner Meinung nach nicht geeignet seien, das Ansehen der Justiz zu befestigen. Der vierte Stand bekommt aber diese Herrschaft in Gestalt von Gerichtsurttheilen allmählich zu fühlen. In Jlimenan hat ein Richter erklärt: Zweifelloß ist der Beschuldigte sozialdemokratischer Versammlungen an sich schon geeignet, entfallend zu wirken. Die Sozialdemokratie erziehe ihre Anhänger zu Lug und Trug, bis sie zu dem sittenlosen Gesindel würden, dessen ihre Führer zur Verwirklichung ihrer Ideen bedürften. Und denken Sie an der anderen Seite an die Art und Weise, wie deutsche Richter Uebertretungen der Unternehmer zu rechtfertigen gewillt sind. Da hat einer Kinder über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigt. Was wird zu seiner Entschädigung gesagt? Er hätte sich um so vieles zu kümmern, er könne daher nicht immer das Rechte treffen und sei daher nicht so strafwürdig. Und andererseits müßte man berücksichtigen, wie die Arbeiter jede Gelegenheit benutzen, um gegen die Arbeitgeber zu gehen. Wenn man solche Urtheile liest, dann kann man sie nicht mehr mit einem Ausdruck belegen, für den man nicht zur Ordnung gerufen würde. Ich will gewiß nicht behaupten, daß alle Tage solche Urtheile gesprochen werden, wohl aber, daß tagtäglich Richter Recht sprechen, die für soziale Verhältnisse kein Verständnis haben. Sie haben alle eine Erziehung gehabt, leben als Söhne, Schwiegeröhne der Unternehmer in ganz anderen Anschauungen, so daß sie für die Forderungen der Arbeiter einfach kein Verständnis haben können, und es giebt sehr viele Richter, die in jedem Arbeiter einen Sozialdemokraten, einen sozialen und politischen Gegner sehen. Deshalb kann von einer wirklichen Unparteilichkeit der Rechtsprechung keine Rede sein.

Wag Graf Posadowsky denken, wie er will, den Verdacht wird er im Lande nicht von sich abwägen können, daß er den ganzen Erlaß nur in dem Interesse der Unternehmer gegeben habe. Das beweist ja auch die Freude der Konservativen, das zeigt die Heufierung des Abgeordneten Frege, daß sie nun troben Muthes in die Zukunft blicken können (Heiterkeit); sie lassen diesen Erlaß und den neuen Kurs ganz richtig auf. Ich frage, was für ein Anlaß lag vor, um diesen Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung herbeizuführen? Selbst ein Unternehmer im Organ des Herrn v. Berlepsch sagt, daß weder die wirtschaftliche Lage, noch sonstige Vorkommnisse eine Umlage rechtfertigen, Handel und Wandel gedeihen in jeder Beziehung. Es giebt keine andere Erklärung, als daß jetzt wieder eine neue Richtung von der Regierung eingeschlagen werden soll. Die Re-

gierung hat eingeschoben, daß man mit losen Redensarten, mit leeren Versprechungen die Arbeiter nicht mehr abspießen kann. Bei der völligen Ziellosigkeit der Regierung hat sie im Lande allen Kredit verloren, und nun will sie wenigstens zeigen, daß sie doch noch Muth genug hat, um dem Arbeiter entschieden entgegenzutreten. Wenn die industrielle Hochfluth ihren Höhepunkt überschritten haben wird, und das ist jetzt schon der Fall, dann sollen die Arbeiter mehrlos den Unternehmern überliefert werden.

Vorläufig soll das Koalitionsrecht vernichtet werden. Was wir bezüglich des Vereinsgesetzes zu erwarten haben, das hat uns die lex Neke gezeigt, das eingeständenermaßen darauf geschritten war, die Gewerkschaftsbewegung unmöglich zu machen. Wenn so die Arbeiter in dieser Beziehung mehrlos gemacht sind, dann sollen sie es auch für den politischen Kampf werden, dann wird man daran gehen, ihnen auch das Wahlrecht zu nehmen. Schaffen kann uns als warmendes Beispiel gelten. Die Reden der Konservativen, der v. Mirbach u. s. w. im Herrenhause, waren geradezu eine Aufforderung, das Wahlrecht zu beseitigen. Und es ist charakteristisch, daß sich die Regierung dagegen nicht verwahrt, es als eine Zumuthung, als eine Beleidigung zurückgewiesen hat. Wenn die Dinge so stehen, wenn man sich nicht verlassen kann auf das Wort der Regierung, dann müssen wir Sozialdemokraten, daß wir den Kampf aufzunehmen haben gegen die Regierung als die Sachwalter der Unternehmerinteressen! Und wir haben keinen Anlaß mehr, der Regierung Glauben zu schenken, nachdem wir bei der Vereinsgesetzgebung die Erfahrung gemacht haben, daß man sich der Erfüllung eines fernerlich gegebenen Versprechens durch einen Advokatenkniff entzogen hat. Unsere Aufgabe ist somit gegeben: wir nehmen den Kampf auf! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Weiße Kreise in Deutschland sind der Ansicht, die Sozialdemokratie habe sich gemauert, sie sei in ihren Anschauungen gemäßigter geworden und habe sich zu einer bürgerlichen radikalen Reformpartei entwickelt. Wenn jemals eine Rede geeignet gewesen ist, diesen Wahn zu zerstören, so war es die jegliche des Abg. Fischer. Es war nicht klug von ihm gehandelt, die Politik seiner Partei in dieser Weise anzudeuten. Die Rede wird, wenn sie nur im Lande genügend bekannt werden wird (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wird gedruckt!), als ein Scheinwerfer dienen für die Ziele und die Gedanken, von denen die Sozialdemokratie in Wirklichkeit getragen ist. Es ist mir ganz unmöglich, auf alle diese Angriffe einzugehen; ich müßte sonst alle Gebiete des Staatslebens besprechen. Hier nur einige Bemerkungen:

Der Abg. Fischer hat zunächst gesagt, daß die Regierung nur zu Gunsten der Unternehmer sofort einschreite. Eine unbedingt unrichtige Behauptung. Ich will zunächst erklären, damit nicht wieder durch eine Indiskretion eines Beamten — so nennt man das hier politisch — diese Dinge bekannt werden, daß die angeordneten Erhebungen Ergänzungen finden sollen durch Erhebungen über die Streiks und über die Ausschreitungen bei diesen in den letzten Jahren. Es wird dem Reichstage sehr reiches und interessantes Material vorgelegt werden. Wie aber kann der Abg. Fischer eine solche Behauptung aufstellen angesichts der Erhebungen der letzten Jahre, über die Lage der Handlungsgehilfen, der Bäcker und Müller, des Konfektionsgewerbes u. s. w. Sind denn das Unternehmer? Nein! Wir haben auch den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen und zum Theil sind diesen schon praktische Resultate gefolgt. Weiter hat der Abg. Fischer von dem Februarerlaß als von einem unerfüllt gebliebenen Versprechen gesprochen. Wie kann er das wagen, da es doch bekannt ist, daß seit sieben Jahren alle gesetzgebenden Körperschaften fortgesetzt mit Arbeiterfragen beschäftigt gewesen sind und eine Reihe von Gesetzen für diese erlassen ist? Sie verlangen viel zu viel auf einmal, der Staat kann Ihre Wünsche nicht erfüllen, dazu fehlen ihm die Organe. Es ist von dem Erlaß die Rede gewesen. Kein Redner hat den Muth, den Beamten zu vertheidigen. Ich mußte doch die Frage von dem Standpunkt der Disziplin beurtheilen. Wenn Sie in der eigenen Partei einen Vertrauensbruch erleben, dann sind Sie sehr streng, aber wenn er bei der Regierung passiert, dann freuen Sie sich darüber. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren von der Sozialdemokratie leugnen die Ausschreitungen der Streikenden. Ich habe mir über den letzten Fall in Torgelow das Material verschafft. (Der Redner verliest den Bericht, der von Prigoleien erzählt und die Bemerkung enthält, Schuld daran sei die Agitation Berliner Agitatoren für den Beitritt zum Metallarbeiterverband.) Also nicht Brutalität der Unternehmer, sondern solche der Arbeiter, die diejenigen gemißhandelt, welche dem Verbands nicht beitreten wollten. Der Fall zeigt, wie berechtigt mein Rundschreiben war. Der Herr Abgeordnete sprach von den Millionen der Unternehmer, die sie von den Arbeitern holen. Das ist leicht gesagt. Der Unternehmer trägt doch auch das Risiko.

Der Abgeordnete Fischer hat den Prozeß Tausch angeführt. Ich kenne ihn nicht, ich habe nicht einmal die Zeitungserate gelesen. Ich weiß deshalb nicht, was wirklich festgestellt ist, was bloß Vermuthung des Herrn Abgeordneten ist. Das aber sage ich: Ich billige es auch bei einer Behörde nicht, wenn sie etwas thut, was gegen Recht und Moral verstößt. Aus dieser Anschauung verurtheile ich die Handlungsweise eines Beamten.

Herr Fischer hat die Unfallstatistik angeführt, die Zahlen des Schlachtfeldes der Arbeit. Gewiß traurige Zahlen. Aber was beweisen sie? Will die Sozialdemokratie etwa den Grundsatz aufstellen, daß keine Kulturarbeit verrichtet werden darf, sofern sie lebensgefährlich ist? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man könnte doch höchstens daraus Verbesserungen der Unfallverhütungen folgern. In einem Organ Ihrer Partei waren diese Zahlen ausgearbeitet. Es hieß in dem Artikel: Im Staate der Stumm und Posadowsky kann man dem Arbeiter nur zurufen: Laßt alle Hoffnung hinter Euch. (Lachen rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Frege hat gestern bei weitem vorsichtiger und bei weitem geschickter gesprochen als heute Herr Fischer. Er zog aber eine Parallele, gegen die ich mich wenden muß. Er sagte, aus der absoluten Monarchie entwickle sich die konstitutionelle Monarchie, aus dieser mit Nothwendigkeit die Republik und so werde sich aus der absolutistischen Fabrikleitung die konstitutionelle Fabrikleitung entwickeln, aus der sich nothwendig die kollektivistische entwickeln werde. Ich kann die Richtigkeit dieses Entwicklungsganges überhaupt nicht zugeben, denn sonst müßte ja in den Republiken schon jetzt der Kollektivismus bestehen. (Lachen links.) Aber es haben viele Monarchien mehr für die Arbeiter gethan, als viele Republiken. Nur richtig Blut, der dynastische, monarchische Sinn liegt so tief im deutschen Volke, daß Sie diesen Standpunkt der Entwicklung nicht erleben werden. Der große Kampf zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien wird nicht durch Reden in diesem hohen Hause entschieden. Dieser Kampf kann nur zu Gunsten der bürgerlichen Parteien entschieden werden, wenn alle bürgerlichen Parteien den Muth besitzen, gegen die soziale Sturmfluth zusammenzutreten und die religiösen Mächte dabei helfend mitwirken. (Beifall rechts.)

Abg. Jorus (nail.): Es sind Erscheinungen aufgetreten, die die Unruhe des Staatssekretärs berechtigt erscheinen lassen. Wir verlangen Freiheit für die Arbeiter und Freiheit für die Unternehmer. Uebrigens sind die meisten Unternehmer auch Arbeiter, wenigstens Arbeiter gewesen. Ich habe selbst auch für ländlichen Lohn arbeiten müssen, und habe immer ein warmes Herz für die Arbeiter gehabt, auch dafür gezeigt, daß Unternehmungsklassen gegründet wurden, die noch heute in den Werken, wo ich gearbeitet habe, bestehen. Redner führt unter großer Unruhe des Hauses mehrere Fälle von angeblichen Ausschreitungen von Arbeitern in seiner Heimath an und schließt: Ich habe mich in meinem Betriebe noch nie der Sozialdemokratie erwehren können. Es liegt nur an den Arbeitgebern, wenn sie es nicht können.

Abg. Veith (freis. Sp.) bestritt einen erweiterten Vogel-schutz. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß Deutschland der internationalen Vogel-schutzkonvention beigetreten sei, also nicht

in der Lage sei, allein und selbständig vorzugehen. Den Anregungen des Vorredners steht er sympathisch gegenüber.

Hierauf vertagt sich das Haus. Abg. v. Stumm (Rp.) bezeichnet es in einer persönlichen Bemerkung gegen den Abg. Fischer als unmaßlos, daß er einen Lohn von 1500 M. für Bergleute für maßlos erklärt habe. Er habe nur 1500 M. als Minimallohn für die Arbeiter als eine maßlose Forderung bezeichnet. Er stelle es den Arbeitern frei, die vor dem 24. Jahre heirathen wollen, sich in einer anderen Fabrik Arbeit zu suchen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Verhandlung.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhause.

6. Sitzung vom 20. Januar 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Hammerstein.

In Erledigung der Tagesordnung werden einige Rechnungsvorlagen der Rechnungskommission überwiesen und sodann in die erste Lesung der Novelle zum Ansiedelungs-Gesetz eingetreten. Nach dieser Vorlage soll der Fonds zur Förderung deutscher Ansiedelungen in Polen von 100 auf 200 Millionen Mark erhöht und die Zeitbegrenzung bis 1907 aufgehoben werden.

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe: Die Vorlage ist das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Erwägungen. In wirtschaftlicher Beziehung halten wir an der Auffassung fest, daß es der Wohlfahrt in den betreffenden Provinzen förderlich ist, wenn die Gründung selbständiger Bauernkolonien gefördert wird. Wenn sich aus und neben diesen Gütern eine Klasse tüchtiger ländlicher Arbeiter entwickelt, so wird dadurch ein Vortheil erreicht, der nicht nur Preußen zu gute kommt. Was die politische Seite der Frage betrifft, so ist es Thatsache, daß in den nationalgesinnten Landesheilen die polnische Nationalität sich ausbreitet auf Kosten der Deutschen. Dieser Entwicklung entgegenzutreten ist der Zweck dieses Gesetzes. Doch wir dabei von keiner feindlichen Tendenz gegen die Polen ausgehen, ist selbstverständlich. (Widerpruch im Centrum und bei den Polen.) In den ehemaligen polnischen Landesheilen zeigt sich, daß der materielle und geistige Aufschwung seit der Vereinigung mit Preußen eingetreten ist, und daß die Fürsorge der preussischen Regierung immer gewesen ist, denselben zu fördern. Dagegen müssen wir an die Polen die Forderung stellen, daß dieselben ihre Pflichten als Preußen können und ausführen. (Zuruf: Thun wir ja!) Ich weiß, daß es nicht wenige Polen giebt, die in dieser Beziehung nichts zu wünschen lassen, andererseits giebt es aber auch starke Bestrebungen auf polnischer Seite, welche sich in Freundschaft gegen die Deutschen nicht bewegen. (Sehr wahr! rechts.) Es giebt eine große polnische Propaganda, und daraus entstehen unzulässige Zustände sowohl für die Polen, als für die Deutschen. Noch immer wird mit Gedanken gespielt, und werden Hoffnungen erregt, die sich nicht erfüllen können, Hoffnungen von polnischer Selbständigkeit, d. h. eine Art föderativer Verbindung. Für föderative Tendenzen giebt es aber in Preußen keinen Boden, und niemals wird eine Trennung der Provinz von Preußen eintreten können. Das würde die Existenz des Staates bedrohen. Wir können und werden die Provinz Polen nicht aufgeben. Fürst Bismarck hatte recht, als er sagte: wir müssen uns den Weg von Königsberg nach Breslau freihalten. (Beifall rechts.) Liegt die Sache aber so, so müssen wir die deutschfeindlichen Tendenzen nach Kräften zurückdrängen. Ich habe längere Zeit in Polen gelebt. Ich sehe den Polen in mancher Beziehung sympathisch gegenüber. Die Gefahren der polnischen Propaganda für die preussische Monarchie sind so groß, daß ich keine Freundschaft und keinen Kompromiß kenne. Geben Sie (die Polen) sich nicht unerfüllbaren Hoffnungen hin. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Stillsitzen bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pol.): Wir finden in der Vorlage den Ausdruck des Mißtrauens der Regierung gegen die Polen, die Stärkung unserer Rechte, keineswegs aber den Ausdruck einer landesväterlichen Regierung (Woh!); die einseitigen Angriffe gegen uns bilden die einzige Unterlage der Regierung. Wir protestiren gegen diese Unterstellungen und werden, wenn man uns nicht besonders dazu zwingt, uns an der weiteren Verhandlung der Vorlage nicht beteiligen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Scheidebrandt (L) beantragt Kommissionsberatung. Wir können schon heute erste Beschlüsse gegen die Vorlage nicht unterdrücken, denn bisher habe man Erfolge mit der Ansiedelung nur wenig erzielt; vielleicht wäre es besser, wenn man nur katholische Ansiedler dort niederläßt, denn die evangelischen Ansiedler haben dort mit doppelten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Dinge liegen in den polnischen Landesheilen so, daß der Staat, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden will, sich gegen die großpolnische Agitation wenden muß, die sich bemüht, ihn hieran zu hindern. Durch die Vorlage wird niemand gezwungen, sein Grundstück zu verkaufen. (Sehr richtig!) Es kann also von aggressiver Tendenz nicht die Rede sein. Wohl aber handelt es sich um eine Kulturarbeit ersten Ranges, von der auch die polnische Bevölkerung Nutzen ziehen wird. Heute hat sich der deutschen Bevölkerung in Polen große Mühseligkeit bemächtigt, denn die deutschen Ansiedelungen gehen zurück unter dem Druck der Landwirtschaft. Die moralische Wirkung der Vorlage wird deshalb in dieser Richtung eine günstige sein. Wir müssen dafür sorgen, daß der Deutsche in diesen deutschen Landesheilen seine Nationalität frei und mit Stolz geltend machen darf. (Sehr richtig! rechts.) Man hat übertriebene Behauptungen aufgestellt von der Wirkung dieser Fonds-erhöhung. Was wir bisher erreicht haben, ist nicht genug; wir müssen für die kommunale Festigung der neuen Ansiedelungen sorgen: wollten wir jetzt zurücktreten, so würde das Entmuthigung in die Reihen der Ansiedler tragen, die uns mit recht sagen würden, daß die Besprechungen nicht erfüllt seien, die wir ihnen gemacht. Obet man die Klagen der Polen, so müßte man glauben, daß sie es sehr schlimm bei uns hätten. Nun sehen Sie mal nach Rußland, da redet man mit Ihnen eine andere Sprache (Auf bei den Polen: Unsere Mütter-sprache.) Wo können Sie Ihre Klagen dort so offen vorbringen wie bei uns? Preußen ist ein Einheitsstaat, kein Konglomerat von selbständigen Provinzen. Damit müssen auch die Polen rechnen, von dessen großer historischer Vergangenheit wir alle Hochachtung haben. Was aber nöthig ist gegenüber den Polen, das ist ein Politik der Strenge; will die Regierung diese nicht, dann ist es besser, die Vorlage gar nicht zu machen. (Sehr richtig!) Nur mit ausnahmsloser Strenge können wir zum Ziel kommen. (Beifall und Stillsitzen.)

Abg. Im Walle (Z.): Die Vorlage steht im Widerspruch mit allem, was recht und billig ist. (Sehr richtig!) Den Polen ist die Wahrung ihrer Nationalität versprochen. Man mag über die Vorlage denken wie man will, man wird anerkennen müssen, daß ihr Ziel auf Beseitigung der polnischen Nationalität gerichtet ist. Die von uns früher ausgesprochene Befürchtung einer Protektionierung Polens durch die Vorlage ist vollständig eingetroffen. (Sehr richtig!) Das verletzt die Parität und gegen jede derartige Vorlage müssen wir stimmen. Die hier geforderten Summen werden ebenso vergudet werden, wie die ersten 100 Millionen vergudet worden sind. Die Regierung treibt hier wieder Bismarck'sche Politik. Die Vorlage schwächt unser Budgetrecht und verstoßt damit gegen die Verfassung.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein: Die Berücksichtigungsbedenken sind früher so eingehend widerlegt, daß es verwunderlich ist, sie hier wieder zu hören. Auch die Paritätsbedenken sind unbegründet. Der Minister schildert dann die früheren Maßnahmen zur Stärkung des Deutschthums, die ergebnislos geblieben seien. Es habe sich evident ergeben, daß das Polenenthum beständig Fortschritte gegenüber dem Deutschthum gemacht habe. Konfessionelle Rücksichten kommen bei den Ansiedelungen nicht in Betracht. Deutschland und sein Kaiser fühlen die Verantwortung für die Mission, das Deutschthum, in die Ostmarken hinaus zu tragen. Fügen sich die Polen unseren berechtigten Wünschen, so werden wir mit ihnen in Frieden leben. Daß das bald geschehe, das ist mein Wunsch. (Beifall.)

Abg. Weiss (frl.): Meine politischen Freunde werden dem Gesetze zustimmen.

Abg. Munkel (fr. Sp.): Juristisch läßt sich die Vorlage nicht begründen. Man hat die wirtschaftliche Bedeutung der Vorlage vorangestellt und es als eine Bevorzugung der Polen bezeichnet, daß ihre Güter auf gekauft werden. Wunderlich ist es, daß die Leute sich gar nicht nach dieser Bevorzugung drängen. Diese 100 Millionen werden lange nicht die letzten sein. Bedenkt man, daß mit den letzten 100 Millionen 10 000 neue Seelen dort geschaffen sind, so kostet jede Seele 10 000 M. (Weiterkeit.) Klar ist doch, daß aus diesem Fonds einzelne bevorzugt werden. Damit wird man nie polnische Nationalität oder Sprache anstrotzen. Nur eine milde Politik kann das. (Braus!) Wir können das getrost versuchen, denn wir sind die Stärkeren. (Sehr richtig!) Den Zug nach dem Westen können Sie auch bei den Polen nicht hrummen. Wenn diese zweiten 100 Millionen verbraucht sind, werden Sie für eine neue Vorlage mit der Begründung der heutigen erscheinen.

Minister v. Miquel: Die bisherigen Erfolge sind durchaus nicht gering. 2200 Ansetzlerfamilien sind bereits ein Erfolg und wenn die Ansetzungen auch langsam gehen, so ist der preussische Staat stark genug, warten zu können und die finanziellen Vorteile sind bedeutend genug; der geringe Verlust an barem Vermögen wird reichlich ausgeglichen durch den Gewinn neuer feuerfester Unterthanen. (Sehr richtig!) Die Stellung der Partei des Vorredners gegenüber nationalen Fragen ist ja bekannt; und ich würde es fast bedauern, wenn sie anders wäre. Wer nicht blind ist, muß doch das Zuneigen der großpolnischen Bewegung sehen, das seinen Ausdruck findet in den Organisationen aller Art, in wirtschaftlichen Vereinen, in der Presse. In der Provinzialverwaltung versagen die Polen ihre Mitwirkung. Wenn die Polen in Frankreich das thun würden, was sie bei uns thun, sie würden eine ganz andere Antwort bekommen. Doch haben das radikale Ministerium und die Kammer noch ganz andere Schritte gebilligt. Das möchte ich auch Herrn Munkel sagen. Wir denken nicht daran, die polnische Sprache auszurollen, aber wir können nicht dulden, daß die Sprache zu einer nationalen Scheidewand gemacht wird. (Sehr richtig!) Die Mittel werden verwendet werden weniger zu Repressivbestrebungen als vielmehr nach der kulturellen und idealen Richtung, zur Errichtung von Volksbibliotheken und namentlich zur Unterstützung bopolnitischer deutscher Apotheker in Polen. (Braus!) Von der Vorlage werden auch die Polen Vortheile haben. Von einer Verfolgung einseitig konfessioneller Interessen kann nicht die Rede sein.

Abg. Seer (natl.) schildert auf grund persönlicher Erfahrungen das Vorgehen der Polen gegen die dortigen Deutschen.
Abg. Nabbyl (3.): Die Ansetzungen haben einen so einseitig protestantischen Charakter, daß wir gegen die Vorlage bedenklich werden müssen. Es handelt sich doch um eine Unterdrückung der Polen. (Lachen rechts.) Ja, das haben schon vernünftiger Leute als Sie anerkannt.

Der Präsident v. Krüger bittet um weniger scharfe Ausdrücke; es gebe keine vernünftigeren Herren als die Mitglieder des Hauses. (Weiterkeit.)

Redner schildert die voraussichtliche Erfolglosigkeit des ganzen Ansetzungsunternehmens; nur durch eine entgegenkommende und gerechte Behandlung können wir die Polen für uns gewinnen. (Leb. Beifall.)

Minister v. Miquel fragt den Abg. Nabbyl, ob er im Ernste die Aufhebung des Ansetzungsgesetzes empfehlen zu können glaube.
Abg. Dr. Sattler (natl.) verweist auf das völlige Untergehen der Wamberger Katholiken in Polen, was lediglich den dortigen katholischen Geistlichen zu danken sei. Nur wenn die Vorlage den Anfang zu einer ernsten und konsequenten Polenpolitik bildet, sind dauernde Erfolge möglich. Besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung dem Schulwesen und der Entwicklung und Unterstützung des deutschen Mittelstandes in Polen zuwenden müssen.

Abg. Graf Nolke (fr.): Die Vorlage zu unterstützen ist eine nationale Pflicht.
Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr: Aufhebung der Amtskautionen und Komptabilitätsgesetz.
Schluß 3/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath überwiegt in seiner heutigen Plenarsitzung die Vorlage mit dem Entwurf eines Regulativs, betr. die Organisation des Reichsrathes für das Auswanderungswesen den zuständigen Ausschüssen. Dem Ausschussantrag zu der Resolution des Reichstages, betr. die Errichtung von Auskunftsstellen für Zolltarifangelegenheiten und die Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes, wurde die Zustimmung ertheilt, ebenso den Ausschussberichten über den Entwurf eines Gesetzes für Etsch-Lothringen, betreffend die Kapitalrentensteuer und über den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Kauionspflicht der Reichsbeamten.

Die Reichstags-Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Entschädigung der im Wieder- aufnahme-Verfahren freigeprochenen Personen beendete heute die erste Lesung der Vorlage. § 5 des Entwurfes lautet:

„Wer auf grund des die Verpflichtung der Staatskasse zur Entschädigung ausstprechenden Beschlusses einen Anspruch geltend macht, hat diesen Anspruch bei Vermeidung des Verlustes binnen drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses durch Antrag bei der Staatsanwaltschaft zu verfolgen. Der Antrag ist bei der Staatsanwaltschaft desjenigen Landgerichts zu stellen, in dessen Bezirke das Urtheil ergangen ist.“

Ueber den Antrag entscheidet die oberste Behörde der Landes-Justizverwaltung.

Gegen die Entscheidung ist die Berufung auf den Rechtsweg zulässig. Die Klage ist binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten nach Zustellung der Entscheidung zu erheben. Für die Ansprüche auf Entschädigung sind die Zivilkammern der Landgerichte ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig. Bis zur endgiltigen Entscheidung über den Antrag ist der Anspruch weder übertragbar noch der Pfändung unterworfen.“ Dieser Antrag wurde in seinem ersten und letzten Absätze einstimmig, in seinem mittleren mit 7 gegen 1 Stimme angenommen. Der § 6 des Entwurfes besagt: „In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen ist statt der Staatskasse die Reichskasse ersatzpflichtig. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Staatsanwaltschaft des Landgerichts die Staatsanwaltschaft bei dem Reichsgericht, an die Stelle der obersten Behörde der Landes-Justizverwaltung der Reichskassier.“

Dieser Paragraph wurde einstimmig angenommen. Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt sodann, folgende Bestimmung als § 1a in den Gesetzentwurf einzuschalten:

„Personen, gegen welche Untersuchungs-haft verhängt war, oder die sistirt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigeprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind. Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Angeklagte versucht hatte, sich dem Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen, oder wenn er es unternommen hatte, Spuren der That zu verdecken oder jemand zu einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnispflicht zu entziehen oder wenn der Angeklagte durch ein unwahres, gerichtliches oder außergerichtliches Geständniß der That oder durch falsche Selbstanzeige oder sonst absichtlich die Einleitung oder Fortsetzung des Strafverfahrens veranlaßt hat.“

Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen. Die zweite Lesung beginnt am 24. Januar.

In der heutigen Sitzung der Reichstags-Kommission für die Militärstrafgerichts-Ordnung gelangte ein Antrag der Zentrums-Mitglieder zur Annahme, der die §§ 3 bis 6 des Entwurfes durch die nachfolgenden Bestimmungen ersetzt: „Die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine unterliegen wegen der vor dem Dienst-

eintritt begangenen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesehe der bürgerlichen Gerichtsbarkeit. Wegen solcher Zuwiderhandlungen darf jedoch während der Dauer der Dienstleistungen ohne Zustimmung der Militärbehörde weder die Untersuchungshaft verfügt, noch auch die Hauptverhandlung abgehalten werden, außer wenn der Beklagte von der Verpflichtung, in der Hauptverhandlung zu erscheinen, entbunden ist. Kommt der Militärbehörde die Vollstreckung einer vom bürgerlichen Gericht erkannten Freiheitsstrafe zu, so kann dieselbe, falls der Verurtheilte sich nicht in Haft befindet, den Vollzug bei einer Militärperson des Friedensstandes bis zur Beendigung der ersten militärischen Ausbildung, bei einer Person des Beurlaubtenstandes bis zur Beendigung der Dienstleistung aussetzen.“ Im § 8, der frühere Militärpersonen wegen der aus Anlaß der dienstlichen Beziehungen begangenen Verletzungen zc. gegen frühere Vorgesetzte der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstellt, wurden mehrere Änderungen beschlossen, deren wesentlichste in der Beschränkung dieser Bestimmung auf die innerhalb eines Jahres nach der Dienstzeit begangenen bezüglichen Delikte besteht; ferner soll die Militärgerichtsbarkeit nur plogreifen, sofern der beleidigte oder verletzte ehemalige Vorgesetzte sich noch im Dienste befindet, und die Straftat aus Anlaß der dem Thäter „während der Dienstzeit widerfahrenen Behandlung“ geschehen ist. Ein von den Mitgliedern der Zentrums-partei zu § 9 gestellter Antrag, der darauf abzielte, die Befugnisse des Gerichtsherrn durch die Einfügung der Institution eines Untersuchungsrichters in die Organisation einzuschränken, wurde abgelehnt. Der Kriegsminister v. Goltz, der an der Verhandlung zum Schluß theilnahm, legte der Kommission dringend an's Herz, zu berücksichtigen, daß die Vorlage ein Zugeständniß bedeute, das weder den militärischen Kreisen, noch allen Bundesregierungen sehr leicht werde. Der Minister hofft, daß die Kommission im Hinblick hierauf in ihren Amendirungsbestrebungen Maß halten und auch an den bereits gefaßten Abänderungsbeschlüssen noch Modifikationen vornehmen werde. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Die sechste Reichstagskommission seht heute die Berathung der Novelle zur Zivilprozess-Ordnung fort. Es handelte sich dabei ausschließlich um den § 143. Dieser lautet nach dem geltenden Gesetze:

„Das Gericht kann Parteien, Bevollmächtigten und Beiständen, denen die Fähigkeit zum geeigneten Vortrage mangelt, den weiteren Vortrag unterlagen.“

Das Gericht kann Bevollmächtigte und Beistände, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen.

Eine Anfechtung dieser Anordnungen findet nicht statt.
Auf Rechtsanwältin finden die Vorschriften dieses Paragraphen keine Anwendung.“

Der Entwurf ersetzt den letzten Absatz durch folgende Bestimmung:

„Die Vorschriften der Abs. 1, 2 finden auf Rechtsanwältin, die Vorschrift des Abs. 2 findet auf Personen, denen das mündliche Verhandeln vor Gericht durch eine seitens der Justizverwaltung getroffene Anordnung gestattet ist, keine Anwendung.“ Nach ausgedehnter Debatte über die Stellung der Rechtskonsulenten wurde der Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage schließlich angenommen. — Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Ein Antrag Wehrerbuch (L) u. Gen. will eine Abänderung des Kommunalabgaben-Gesetzes über die Vertheilung des Steuerbedarfs in der Richtung, daß die Vorschriften über die Realsteuern und über die Zuschläge zur Staats-Einkommensteuer durch andere, eine Ueberbürdung des Haus- und Grundbesitzes, sowie des Gewerbebetriebes anschließende, ersetzt werden. Ferner sollen die bezüglichen Bestimmungen dahin ergänzt werden, daß die Genehmigung des Steuerplanes nicht versagt werden darf, wenn aus dem Beschlusse über die Vertheilung des Steuerbedarfs ersichtlich ist, daß Aufwendungen der Gemeinde, die in überwiegendem Maße dem Grund- und Gebäudebesitz und dem Gewerbebetriebe zum Vortheil gereichen, durch die Realsteuern gedeckt sind. In solchen Aufwendungen gehören namentlich die Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wegen, Ent- und Bewässerungsanlagen, sowie für die Verzinsung und Tilgung zu derartigen Zwecken gemachter Schulden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 20. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher widmet dem am Dienstag früh so plötzlich verstorbenen Stadtverordneten, Banmeister B o l g e m u t h, der trotz andauernder, schwerster Krankheit bis zuletzt eifrig und mit großer Sachkenntnis an den Geschäften der Stadtverwaltung und an den Arbeiten der Versammlung theilgenommen und sich um die Stadt und die Bürgerschaft wohlverdient gemacht habe, einen Nachruf, den die Versammlung lebend anhört.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen einheitlicher Regelung des Submissionsverfahrens sind u. a. die Stadtv. Dupont und Bernau, in den Ausschuss für die 60 Millionen-Anleihe die Stadtv. L o l l s b o r s und Singer gewählt.

Die Vorlage betr. die Genehmigung von fünf neuen Gemeindegemeinschaften und fünf neuen Rektorstellen wird ohne Debatte angenommen.

Für den Verein der Vogelfreunde „Regintha“ sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zur Gewährung einer Beihilfe von 500 M. nach. Der Verein beabsichtigt im Februar eine Ausstellung von lebenden Sing- und Ziervögeln zu veranstalten.

Die Versammlung tritt dem Magistratsvorschlage ohne Diskussion bei.

Von der Verleihung des Bürgerrechts an den Bürgermeister a. D. Dr. Münsterberg nimmt die Versammlung Kenntnis.

Neben diesen Gegenständen stehen nur noch Rechnungen und Vorlagen von nebensächlicher Bedeutung auf der Tagesordnung, außerdem die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths.

Stadtv. S c h w a l b e beantragt die Vertagung dieser Wahl auf 8 Tage; diesem Vorschlage wird aber durch die Stadtv. M e y e r und S p i n o l a widersprochen. Für die Vertagung stimmen mit dem Antragsteller nur die Sozialdemokraten und einige wenige andere Mitglieder. Die Wahl geht vor sich.

Gewählt wird mit 58 Stimmen Bürgermeister a. D. Münsterberg; es fallen außerdem 20 Stimmen auf den Handelsrichter R a a s, 18 auf den Stadtv. B. G e r i c k s, 1 auf Stadtv. W i n k l e r, 12 Zettel sind unbeschrieben.

Die nächste ordentliche Sitzung fällt des Kaisergeburtstages wegen aus; die Ersatzsitzung wird, falls sich genügendes Material zusammenfindet, am Mittwoch 26. Januar abgehalten werden.

Schluß 1/2 Uhr.

Rothe wehe gegen polizeifrische Ausschreitungen. Im Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Antitrüge-Cassell, Perks und Genossen über Maßnahmen gegen Uebergriffe auf dem Gebiete der Berliner Sittenpolizei, sowie gegen Willkürhandlungen auf Polizeiwachen und unndthige Sittungen, ist von einem Mitgliede des Ausschusses der Antrag eingebracht worden: „den Magistrat zu ersuchen: 1. im Rathhause eine Annahmestelle zu errichten für Beschwerden von weiblicher Personen, die sich durch ungesittliche sittenpolizeiliche Behandlung in ihren Rechten verletzt fühlen, und diesen Personen kostenfreien Rechtsschutz zu gewähren, unter möglicher Vermeidung der öffentlichen Bloßstellung ihrer Person, 2. folgende Bekanntmachung an den Aufschlagfäden und in einigen Zeitungen zu veröffentlichen: „Zum Schutze und zur Wahrnehmung der sittlichen Interessen der weiblichen Bevölkerung Berlins erlassen wir im Einverständnis

mit den Stadtverordneten laut Beschluß vom . . . folgende Bekanntmachung: a) Unbescholene, ehrbare, weibliche Personen, die begründeten Anlaß haben, sich zu beschweren über unerlaubte, ungesittliche Behandlungen und Belästigungen durch Beamte der öffentlichen oder Sittenpolizei, auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder Polizeiwachen unserer Stadt Berlin, werden aufgefördert, schriftliche, wahrheitsgetreue Angaben bei dem hiesigen Magistrat zu machen unter Adresse: Altesstr. . . Rathhaus Zimmer Nr. . . b) In der Anzeige muß der genaue Thatbestand, sowie Angabe der Personlichkeiten vorhanden sei. c) Die Wahrnehmung ihrer begründeten Rechte erfolgt durch den Magistrat kostenlos unter weitgehendster Vermeidung der öffentlichen Bloßstellung ihrer Persönlichkeiten.“ Es ist bezeichnend für unsere Sicherheitszustände, daß eine derartige Abhilfe ins Auge gefaßt ist.

Der zur Vorberathung der Vorlage wegen Erwerbung des zur Freilegung der Wallstraße von dem Grundstücke Wallstraße 31 erforderlichen Straßenlandes von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss hat beschlossen, das Straßenland für den Preis von 800 M. für das Quadratmeter, nicht 350 M., wie der Magistrat beantragt hat, zu erwerben, zugleich aber den Magistrat zu ermächtigen, falls eine Einigung mit dem Besizer nicht erzielt werden sollte, sobald das Straßenland freigelegt ist, das Enteignungsverfahren einzuleiten.

Tokales.

Ein anmuthiges Bild von dem „Ewig-Weiblichen“ der „Gesellschaft“ entwirft die Nr. 2 der „Berliner Damen-Zeitung“. In einem Artikel, der sich anfänglich der fastgehobten Protestversammlung der bürgerlichen Frauen gegen die gefährdete Stellung der Frau im öffentlichen Leben eine Kritik des Frauenlebens in mancherlei Hinsicht leistet, werden u. a. folgende Ausführungen gemacht:

„Noch thut uns aber ein Koder für das Benehmen der Frau auf der Straße und in öffentlichen Lokalen, und es wäre gut, wenn die Festschreibung dieses Koder von Frauen ausginge. In diesem Koder müßte u. a. betont werden, daß auf den Straßen, wo ohnedies das Berufen verboten ist, das Blickwerfen von Frauen und Mädchen nicht schädlich ist, oder daß die Frauen in Bier- und Weinstuben sich ruhig und gemessen verhalten, sich nur um ihren Tisch kümmern und Leuten an anderen Tischen nicht zuwenden oder zu trinken sollen. Keine anständige Frau thut das, gewiß, aber doch manche Frau, die zur sogenannten „Gesellschaft“ gehört. In der R.'schen Weinstube in der L.-Straße spielten sich in diesen Tagen unliebsame Szenen ab, die ihre Veranlassung darin hatten, daß verheiratete Frauen in Anwesenheit, allerdings wörtlich hinter dem Rücken ihrer Ehemänner, auf das Zutrinken frecher grüner Jungens reagierten und schließlich zutranken. Einer der Frecklinge wurde von dem einen der empörenden Ehemänner „richtig“, aber jeder Gerechdenkende muß trotz dieser Züchtlung die Empfindung haben, daß die Strafe nur eine einseitige geblieben. Man kann allerdings nicht wissen, was sich sonst noch hinter den Kulissen des hässlichen Theaters begab. . . Eine andere Szene, merkwürdigerweise vor demselben Lokal, wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Zwei Ehepaare, von denen besonders die Frauen „des süßen Weines“ voll waren,“ hatten in der belebten Straße, auf die sie aus dem R.'schen Lokale hinausgetreten waren, die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gelenkt. Darunter waren einige Unverschämte, die die gesellschaftliche Position der Damen wie der Herren verkannten und die letzteren mit Ausdrücken belegten, die sonst nur gewissen Beschämern zukommen.“ Was sagt die sittsame „Kreuz-Ztg.“, welche über die Arbeiterinnen jeter, die vor lauter Ruh- und Vergnügungssucht und aus Hang zur zügellosen Freiheit nicht Dienstmädchen und „Mädchen für alles“ werden wollen, zu diesen Pröbchen aus dem Leben von „Damen der Gesellschaft“?

Maas- und Gewichtsdirektionen in Berlin. Im Laufe des Jahres 1897 wurden in Berlin durch die Polizeireviere die Maas- und Gewichte bei 24 104 Gewerbetreibenden revidirt, dabei 405 Gegenstände beanstandet und 348 Uebertretungen festgestellt. Durch das Gewerbekommissariat wurde in der Zeit vom 1. April bis 6. Dezember 1897 unter Einwirkung von Rechnungsbeamten 17 179 Verkaufslotale der 1895 eingehend kontrollirten Hälfte Berlins einer technischen Revision unterworfen, dabei 3784 beanstandete Meßwerkzeuge konstatirt und 739 Strafanzeigen wegen Uebertretung der Maß- und Gewichtordnung erstattet. Außerdem sind von den Beamten des Gewerbekommissariats auf Jahrmärkten, dem Weihnachtsmarkt, in den Markthallen und in den Schanklokalen bei vielfachen Revisionen 123 Meßwerkzeuge beanstandet und 61 Uebertretungen festgestellt worden. Im ganzen wurden im Laufe des Jahres 1897 mit Beschlag belegt: 63 Wagen, 4012 Gewichte, 154 Hohlmaße, 18 Längenmaße und 155 Meßwerkzeuge mit bereits kasirten Stempeln, zusammen 4402 Meßwerkzeuge. Von diesen waren a) geacht, aber unrichtig: 38 Wagen, 3327 Gewichte, 42 Hohlmaße und 5 Längenmaße; b) ungenacht: 25 Wagen, 655 Gewichte, 112 Hohlmaße, 13 Längenmaße; c) mit bereits kasirten Stempeln versehen: 155 Meßwerkzeuge.

Die ersten Reichspost-Dreiräder zur Benutzung für die zum Entleeren der Briefkasten bestimmten Beamten sind jetzt seit einigen Tagen in Berlin im Betriebe. Zunächst hat das in der Voedstr. 11 gelegene Postamt 59 drei solcher Räder erhalten, doch sollen noch und nach jetzt auch die sämtlichen anderen Postämter Berlins mit diesem neuen Beförderungsmittel versehen werden. Eines von diesen drei ersten Dreirädern ist alsbald nach seiner Inbetriebstellung am Donnerstag Nachmittag mit einem Steinwagen zusammengestoßen und dabei vollständig zerstört worden.

Das Verbrechen von der Ermordung einer Verkäuferin der Reihner'schen Fleischwarenhandlung in der Klosterstraße vor Mittwoch Abend in Berlin verbreitet. Ueber den Vorgang, welcher großes Aufsehen hervorrief, wird uns folgendes gemeldet: Seit dem 1. November 1897 ist in der Fleischwarenhandlung von Hermann Reihner in der Klosterstr. 94 die 23-jährige Verkäuferin Elise Koch als Elbing als Verkäuferin angestellt. Das junge Mädchen war früher in einer Konditorei in Elbing in Stellung gewesen und hatte sich dortselbst mit dem Gehilfen Max Frankenberg aus Königsberg i. Pr. verlobt. Verschiedene Mißheiligkeiten, die zwischen beiden vorkamen, gaben Veranlassung, daß die R. Mitte vorigen Jahres die Verlobung wieder aufhob. Trotz der wiederholten Versuche des F. sich dem Mädchen neuerdings zu nähern, blieb dieses bei seinem Entschlusse, auch dann noch, als der verheiratete Liebhaber Drohbriefe an die R. sandte. Die letzteren übergab sie der Staatsanwaltschaft und F. wurde wegen Bedrohung mit einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen belegt. In der Zwischenzeit war Fr. Koch nach Berlin gekommen und hatte hier Stellung genommen, um sich so den weiteren Verfolgungen ihres ehemaligen Bräutigams zu entziehen. Frankenberg hat aber trotzdem den gegenwärtigen Aufenthaltsort der R. ermittelt. Vor 8 Tagen, nachdem er seine Strafe verbüßt, kam er nach Berlin, um hier eine Gelegenheit abzuwarten, sich an seiner früheren Braut zu rächen. Vorgelesen Abend um 7 Uhr, als sich gerade kein Käufer im Laden befand, drang F. in das Reihner'sche Geschäftslokal, sprang auf Fr. Koch zu und verfecht dem fliehenden Mädchen mit einem bereit gehaltenen Dolchmesser hinterrück mehrere Stiche in Hals und Rücken. Als auf das Hillegeschrei der Ueberrassenen die Schlächtergesellen herbeieilten, legte der Konditor, ohne Widerstand zu leisten, das Messer hin und ließ sich festnehmen. Die schwerverletzte R., deren Wunden jedoch nicht lebensgefährlich sind, wurde, nachdem ihr durch einen hinzugerufenen Arzt ein Nothverband angelegt, nach dem St. Hedwigs-Krankenhanse in der Großen Hamburgerstraße gebracht. Sie hat im Ganzen vier Stichwunden erhalten, durch welche glücklicherweise edlere Organe nicht verletzt worden sind.

Die Denunziation des Eigeners Demeter gegen die Zigeuner Karl Petermann und Michael Petermann sen. und jun. wegen Straßenraubes, die zur Verhaftung der genannten drei Personen durch den Amtsvorsteher in Weiskense führte, hat sich als hallos erwiesen, so daß die Freilassung derselben erfolgt ist. An das zuständige Amtsgericht II sind die Verhafteten gar nicht erst

übergeführt worden. Uebrigens dürfte zur Vermeidung von Verwechslungen zu bemerken sein, daß der früher in Neu-Weißensee als Grundbesitzer ansehnliche „Zigeunerhauptmann“ Petermann mit Vornamen „Joseph“ hieß und daher mit den oben genannten „Petermannern“ nicht identisch ist.

Zu der Veranbung eines Geldbriefes, welchen vor einiger Zeit die hiesige Firma B. mit 800 M. Inhalt an einen Fabrikanten in Hannover gesandt und in welchem der Empfänger Papierschnitzel statt Banknoten entdeckt war, wurde am Montag Nachmittag gegen 3 Uhr an der Gertstraße hülfslos aufgefunden und auf sein Verlangen von Privatleuten auf die Revierwache in der Johannisstraße gebracht. Nachdem er hier bis gegen 8 Uhr geschlafen hatte, wurde er entlassen, und nachdem er auf der Straße abermals von einem Unwohlsein befallen war, von zwei jungen Männern in seine Wohnung gebracht. Er behauptet nun, es sei ihm ein Stein auf den Kopf gefallen, und deshalb habe er mit der Arbeit aufhören wollen und seinen Lohn und die Papiere verlangt. Daraufhin habe ihn ein Polier in die Baubude mitgenommen und mißhandelt. Diese Darstellung wird vom Polier entschieden bestritten. Auch von den anderen 150 Arbeitern hat keiner etwas von einem Unfall oder einer Mißhandlung wahrgenommen. Thatsache aber ist, daß Tonn am Dienstag Morgen, obwohl äußerlich keine Verletzungen wahrzunehmen sind, ärztliche Hilfe bedurfte und von dem Arzte am Mittwoch Vormittag mit einer Droschke in einem Krankenhaus geführt werden mußte. Es ist bei ihm Genickstarre eingetreten und er hat sein Augenlicht vollständig verloren.

Durch Explosion einer Benzin-Öllampe wurden gestern zwei Menschen im Hause Sebastianstraße 73 verletzt. Im Keller des Quergebäudes befindet sich die Kunstschlosserei von O. Lorenz jun., die gegen 20 Personen, meist verheiratete Leute, beschäftigt. Donnerstag Nachmittag 4 1/2 Uhr war der Schlosser Paul Schoeps im Begriff, eine Benzin-Öllampe anzuzünden, als dieselbe mit lautem Knall explodirte und im Nu die ganze Werkstatt in dichten Rauch hüllte. Die Fenster scheiblen flogen klirrend nach außen, und das Feuer ergriff umherliegende Lumpen und die Treibriemen. Sämmtliche unversehrte anwesende Schlosser sammt dem Geschäftsinhaber flüchteten in wilder Hast nach dem Ausgange und bald kamen auch zwei Verwundete, nämlich Schlosser Paul Schoeps und Werkführer Reinhold Pelz. Ersterer hatte starke Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen, so daß er in das Krankenhaus am Urban geschafft werden mußte. Pelz hatte Brandwunden am Fuß und Schnittwunden an den Händen davongetragen. Der Geschäftsinhaber stand zur Zeit der Explosion in unmittelbarer Nähe und wurde zur Seite geschleudert, auch wurde ihm das Haar verfeuert. Die Verwundeten sind verheiratet. Die alarmirte Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit.

Selbstmord. Der 67 Jahre alte Hausdiener Albert Rogge aus der Höchststraße 43, der seit 26 Jahren in der Baumwollwarenfabrik von Simon in der Klosterstraße 80/81 beschäftigt war, klagte seiner Frau, daß ihn seine Kollegen verflucht hätten. Aergerlich ging er vorgestern Morgen von Hause weg und wenige Stunden später fand man ihn im Geschäftssteller erhängt auf. Nun hat er sich wohl mit seinen jüngeren Kollegen gezankt; diese haben aber nichts Nachtheiliges über ihn gesagt und er hat sich nichts zu schulden kommen lassen. Man weiß daher nicht, was ihn in den Tod getrieben hat.

Festgestellt ist die Persönlichkeit des alten Mannes, der in den Rehbergen todt aufgefunden wurde. Es handelt sich um einen

52 Jahre alten früheren Maurer Siebert, der aus Zielnzig im Kreise Sternberg gebürtig ist.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 7 Uhr brannten Alte Schönhauserstraße 42 Bilder in einer Bilderhandlung. Kurz darauf mußte Frankfurter Allee 71 ein kleiner Zimmerbrand abgelöscht werden. Donnerstag früh 7 1/2 Uhr brannte Prenzlauerstraße 41 der Fußboden in einem Fabrikgebäude, wobei auch das Haus beträchtlichen Schaden litt. Um 9 Uhr wurde die Wehr nach dem großen Kaufhause Kaiser Wilhelm- und Rosenstraßen-Ecke gerufen. Hier befindet sich im zweiten Stock das Wollwaaren-geschäft von Bieber u. Sohn, dessen Werth sich angeblich auf mehr als 200 000 M. beziffert. Als der Besitzer um die angegebene Zeit das Geschäftstokal öffnete, fand er dasselbe von undurchbringlichem Rauch erfüllt, und bald schlugen auch die hellen Flammen durch die Fenster. Die sofort alarmirte Wehr griff das Feuer von zwei Seiten an und brachte es bald zum Stehen, doch ist das Gesammte, bei der „Union“ versicherte Waarenlager für den Besitzer werthlos geworden. Was nicht verbrannte oder durch Wasser beschädigt wurde, hat durch den Rauch gelitten und eine tiefe Rauchfarbe erhalten.

„Kulturschaubühne“. Die von den Herren Dr. Stoedner und Köppen arrangirten Vorträge werden seit dieser Woche nicht mehr in der „Urania“, sondern im Saal der Hochschule für Musik, Potsdamerstr. 120, abgehalten. Kulturschaubühne nennt sich jetzt das Unternehmen. Am Mittwoch Abend trat in diesem Hause der Schriftsteller Herr Konrad Alberti mit einer Reisebeschreibung auf den Plan, die er „Im Lande der Mauren“ betitelt hatte. Hiermit hatte Herr Alberti nicht etwa die Nordküste Afrikas gemeint, sondern Spanien, das zum beträchtlichen Theil noch immer von den Bräuten jener Kultur zehrt, welche die nachher mit christlichem Feuer und christlichem Schwert vertriebenen Mauren vor einem Jahrtausend auf der iberischen Halbinsel zu pflanzen begannen. Obgleich von Hause aus kein Redner, wußte der Vortragende sein Publikum doch lebhaft zu fesseln. Mit einer liebevollen Schilderung der ehrwürdigen Wandermaler Spaniens mischte sich allerhand aneddotenhafter Schnitzschnack und die Wiedergabe einer Reihe mehr oder minder scharfer Beobachtungen. Nach dem Vortrage schien im großen ganzen der deutsche Dichter immer noch Recht zu behalten, der das abgeschlossene Volk südlich der Pyrenäen als „moderne Westbarbaren“ charakterisirte, die um tausend Jahre zurück sind in moderner Weltgestaltung. Schallhaft sagt der Dichter hinzu: „Wir modernen Barbaren sind es nur um ein Jahrhundert.“ Der Vortrag litt an einer Unannehmlichkeit, für die Herr Alberti allerdings nicht konnte. Das elektrische Licht funktionirte erbärmlich schlecht, so daß die Photographien spanischer Städte bald gar nicht, bald in tanzennder Bewegung in die Erscheinung traten. Es ist ein Wunder, daß Redner und Publikum dadurch nicht aus dem Konzept gebracht wurden.

Theater. Im Schiller-Theater eröffnet morgen Herr Franz Kaver Stary vom Hoftheater in Mannheim sein Gastspiel als Doktor Weiprecht in Falda's Lustspiel „Die wilde Jagd“. Heute findet die letzte Wiederholung der „Kronprinz-Prinzeßin“ statt. — Das Deutsche Theater bringt nächste Woche ein Stück „Unter der Polarionne“. — Im Central-Theater findet heute keine Vorstellung statt, da abends die Generalprobe zu der neuen Fosse „Die Tugendfalle“ abgehalten wird.

Aus den Nachbarorten.

Spönia. Wegen Ueberfüllung des Lokals wurde, wie schon berichtet, eine hier am 17. d. M. bei Ludwig anberaumte Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins vom Ueberwachenden aufgelöst. Die Parteigenossen haben nun für Montag den 24. d. M. eine andere Versammlung im Lokal „Kaiserhof“ anberaumt. Ferner werden die Parteigenossen hierdurch aufgefordert, sich am Samstag den 22. d. M. zahlreich bei Schulz, Schönlindestraße, zu der an diesem Tage stattfindenden Flugblattvertheilung einzufinden.

Der städtische Arbeitsnachweis, welcher laut unserer Mittheilung in Charlottenburg geplant wird, soll dort nach den Beschlüssen des Magistrats zum 1. April ins Leben treten. Der Nachweis wird nur für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen Charlottenburgs eingerichtet und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts unterstellt. Für diesen Zweck sind bereits 3000 M. in den nächsten Stadthaushalt eingestellt.

Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn wird endlich ein zweites Geleise in der Hardenbergstraße herstellen. Die Charlottenburger städtische Tiefbau-Deputation hat jetzt einen entsprechenden Plan dem Magistrat empfohlen. Bei dem einseitigen Betrieb kann der täglich wachsende Verkehr nur mit häufigen Störungen bewältigt werden.

Abgeklagt. Der Magistrat von Spandau wollte, wie von dort mitgetheilt wird, zum Zwecke der Steuereinsparung gern in Erfahrung bringen, welche Unfallrenten beim Postamt zur Auszahlung gelangen. Er hatte sich deshalb an das Postamt mit dem Ersuchen gewandt, ihm die Beträge und die Namen der Empfänger anzugeben. Das Postamt weigerte sich jedoch, diesem Ansinnen nachzukommen, worauf der Magistrat Beschwerde bei der Oberpostdirektion erhob. Diese hat jedoch ebenfalls einen ablehnenden Bescheid ertheilt.

Aus Nixdorf. Wegen Bluffhande wurde der in der Berlinerstraße wohnhafte Arbeiter R. in Haft genommen; er wird beschuldigt, sich unter Anwendung von Gewalt gegen seine 17jährige Tochter schwer vergangen zu haben. — Die Ehefrau des Dampfschleifereibesizers Diener, Berlinerstr. 80 wohnhaft, starb gestern Vormittag auf ein am Boden liegendes viertheiliges Schlächter-Messermesser und zog sich dabei schwere Verletzungen zu. — Gemeindevorstand Nixdorf in der 3. Klasse 13 149, in der 2. Klasse 641, in der 1. Klasse 80. Die Wahlberechtigung richtet sich bekanntlich nach dem Sach der zu zahlenden Steuern. Der höchstbesteuernde Privatmann zahlt 9388,94 Mark. — Einem Wurfstärkeranten in der Zielbenstraße wurden in einer der letzten Nächte 120 Schlachtwürste im Werthe von 180 M., sowie zahlreiche Speckseiten entwendet. In derselben Nacht brachen Diebe bei dem Schreibmaterialienhändler Draher, Bergstr. 20, ein und entwendeten aus dem Geschäftsladen für ca. 800 M. Waaren. In beiden Fällen fehlt von den Langfingern jede Spur. — Die hochbegabte Wittwe Koschmann fiel im Hause Kirchhoffstr. 41 so unglücklich über ein Treppengeländer, daß sie sich einen komplizirten Beinbruch zuzog.

Der Amtsvorsteher von Weißensee sendet uns folgende Zuschrift: „In der ersten Beilage der Nr. 7 des „Vorwärts“ befindet sich eine Mittheilung, welche mit den Worten „In Weißensee“ beginnt. Dieselbe berichtige ich wie folgt: Es handelt sich nicht um die Frau eines Schuhmachermeisters, sondern um eine Konfabine. Von einem Trauring konnte daher nicht Rede sein. Ich habe nicht vorweg die Beerdigung auf Armenkosten bewilligt, sondern warte stets die Begutachtung des Armen-Deputirten ab. Die x. Glade ist 22 Jahre und der betheiligte Schuhmacher Wastewski 34 Jahre alt. Beides sind junge rüstige Leute mit genügendem Einkommen, so daß ich das Verfahren des Armen-Deputirten Rothe nur billigen konnte. Hätte ich von der Verbergung der Leiche im Keller Kenntniß gehabt, würde ich strafrechtlich eingeschritten sein. Die Armenbeerdigung ist am 27. Dezember nachgefucht und am 3. Januar angeordnet, das fand nur 7 und nicht 12 Tage. Uebrigens ist die Glade hier noch garnicht ortsangehörig.“ — Es bleibt abzuwarten, was unser Korrespondent zu dieser Richtigstellung sagen wird.

Wetter-Prognose für Freitag, 21. Januar 1898.
Ein wenig kühler, ziemlich trübe, mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für heute Freitag den 21. Januar.

Küchenhandtücher, Dtz. 3,20 u. 3,80 Mk.
Drell- u. Gerstenkorn-Gewebe

Stubenhandtücher, Dtz. 4,80 Mk.
schweres Drell-Gewebe

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 21. Januar.
Opernhaus. 8. Symphonie-Abend. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Aufgereagten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Hand Gudebein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Vellchenkesser. Anfang 7 1/2 Uhr.
Klebens. Sein Leid. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Krieg im Frieden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Augenbräuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die Göttin der Barmutz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Registrator auf Reisen. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Central. Geschlossen.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Im Dienst. Anfang 8 Uhr.
Cfend. Der Verschwander. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufisches. Die kleinen Bogadunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Laubstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich (außer Sonntags und Wittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Foen. Polak. Spezialitäten.
Passage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wühler-Theater
(Wühler-Theater).
Wittwochs, abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.
Sonntags, abends 8 Uhr: Die wilde Jagd.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 1. Vorstellung im zweiten Schiller-Jahrbuch: Die Räuber. Abends 8 Uhr: Der Piarre von Kirchfeld.

Ostend-Theater.
Gr. Franzosenstr. 132. Dir. G. Weh.
Der Verschwander.
Zauberstücke mit Gesang in 3 Akten von Rainald. Musik von Kremer. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Preis-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Morgen: Die Waife aus Leewood. — Sonntag Nachmittags: Der Verschwander. Abends: Die Waife aus Leewood. — In Vorbereitung: Unter der Polarsonne. Ausstattungskst.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Freitag, den 21. Januar 1898:
Geschlossen.
Sonntags, den 22. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 1. Male:
Die Tugendfalle.
Beste Pöffe mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Mannsb. Musik von Jul. Gindorf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Beste Pöffe mit Gesang in 5 Akten von Wilhelm Frerking. Musik von Gustav Steffens. Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Volks-Vorstellung. Regie: Julius Tark. Othello, der Mohr von Venedig. Abends 8 Uhr: In den bekannten Verkaufsstellen.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Wiederanstreten des Direktors Richard Winkler und Wilhelm Fröbel in der aktuellen Operetten-Burleske
Das radelnde Berlin
Das erfolgreichste Spezialitäten-Programm.
Neu! Geo Willard. Neu! Verlockendes Pantomime-Theater. Großer Beifall: Cabaret. Dreifache Kitzelkammer - Gaudy u. f. w.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Heute Freitag, 21. Januar 1898:
Doctor Wespe.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Benedix.
Sonntags wegen Privatfeste keine Vorstellung.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticum.
Das Volkslied
In 12 lebenden Bildern mit Gesang und Tanz der lustigen Wienerinnen.

Gastan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Auf allgemeines Verlangen neu einstudiert:
Liesecke in Italien.
Kom. Singpiel in 2 Akten von R. G. Musik von Richard Tschel.
Neue Spezial-Nummern.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
bietet gegenwärtig unstrittig das beste Spezialitäten-Programm in Berlin.
Beweis:
Berausender Jubel! Stürmisch. Dacapo! Volle Häuser!
Alle fünf Derringtons auf einem Bude.
Max Waldon, das geniale Tanz-Genie.
Hella Collier, der reizend. Soubretten-Stern.
Excelsior-Mimograph zeigt lebende Photographien in höchster Vollendung.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel täglich:
Militär-Concert
in Uniform. Anfang 8 Uhr.

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Der Erfolg wird immer größer!
Die Nachfolger werden immer härter!
Die Weiskühne werden immer bedeutender!
bei den
1. Original-Budapeßern
welche mit dem
Armband
und dem
Modell
Salfon-Schläger eroberten.
Avis!
Sonntags, den 22. Januar, bleibt das Vaudeville-Theater wegen Privatfeste geschlossen.
Dafür Gastspiel im Reichshallen-Theater
Das Modell.

Kaufmann's Variété
Familie
BUDAPESTER
Kochsalz
Direktion: Gebrüder Herrnheld

Kaufmann's Variété
Familie
BUDAPESTER
Kochsalz
Direktion: Gebrüder Herrnheld

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Freitag, den 21. Januar.
Wegen Beisehung der Frau Direktor
Busch
geschlossen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen-Faur
Siegwart Gentes
Miss Bertholdi
Desroches-Bianca
und 30 Kunstkräfte 1. Ranges.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag, den 24. Januar, Gastspiel:
Yvette Guilbert.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse III/112.
Heute
sowie jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Arone, Röhl, Schuber, und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater-u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons Neu! und Die Verschwörer.
Reinhold Lange, Käthe Leonard, der beste Humorist bildliche der Zeitgeist. Koffim-Soubrette
Neu! Mr. Alfons, Neu! der bedeutendste Hand- und Fuß-Schneidemat.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Die Theaterprobe.
Pöffe von Gustav v. Moser.
Zum 276. Male: Lene.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage) Innensstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Borneuhöfer Familien-Kaufmann.
Neu! Die Neu!
lustigen Heidelberger.
Ausstattung-Operette in einem Akt von Holz-Denison.
Musik von Franz von Suppé.
Sänger: Unser Johann. Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Wege.
Aufstreten sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserviert. Platz 50 Pf.
Bortungsarten haben Gültigkeit.

Olympia-Riesen-Theater.
(Circus Renz.) Karlstrasse. Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Größtes, machtvollstes und prächtigstes Schauspiel der Gegenwart. 700 Auführ. in London. 1000 Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in England. 2. Bild: Spanischer Stierkampf. 3. Bild: Wiener Jahrmarkt. 4. Bild: Räuberüberfall in den rumelischen Bergen.
Das Schlachtfeld.
5. Bild: Der Sklavenmarkt. 6. Bild: Frankpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Entthronung des Räuber-Hauptmanns. Kolossaler Prachtanflug. Wasserschauspiel auf dem Bosphorus. Eine wirkliche Flotilla. Die Riesen-Balletts, die Pracht der Kostüme und Dekorationen überragen alles bisher Dagewesene.
Preise der Plätze von 50 Pf. 1., 1.50, 2., 2.50, 3., 3.50, 4., und 5.00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Ag. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter
(G. S. 29, Hamburg)
Filiale Berlin VI.
Sonnabend, den 22. Januar 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Diefle, Aderstr. Nr. 123:
Mitglieder-Berammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassendbericht. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Fiskus-Kommission. Um zahlreichen Besuch bitten
28359 Die Ortsverwaltung.

Konzert-Sanssouci
haus
Kottbuser Str. Nr. 4a.
Dir. G. Vercy.
Artifischer Leiter Jos. Kschinger.
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Figner u. Jean Häppler. Musik von Joh. Ehner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passé-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Sum Fasinachis-Ball,
22. Februar, ist der große Saal frei.
Englischer Garten,
Alexander-Strasse 27c.
Fabriken, Werkstätten etc. Weitere ich:
40/2 Klajch. Export-Weißbier
ohne Wasserzusatz für 3 Mk.
40 Klajch. helles Bairisch-Bier
von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 Mk.

A. Seidler
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W.,
Sedanstraße 82.
Preisprober: Amt Schöneberg Nr. 92.

Bahn-Akter.
Künstl. Bühne in tadelloser Ausführung v. 3 Mk. Bomben v. 2 Mk. an. Schwere. Fahrgelände mit. Cocain. Strohst. Chloroform und Nachsch mit Verleitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Bühnen Fahrgelände, Bahnreihen usw. sofort. Katenzahlung geschätzt. Woche 1 Mk.
Guckel, Köpfer Platz 2, Maffstr. 12, Stallgasse 71.
Die Kinder frohen
von Gesundheit, welche mit Carl Koch's Nährweibsch genährt sind. Derselbe bildet den Kindern gelundes Blut, starken Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwertes geeignet, die Kinder vor den Folgen letzterjähriger Ernährung, als: Strupulose, Diphtherie, Darmkatarrh, Rheumatis, Knochenkrankheiten u. f. w. zu schützen. In Packeten und Dosen zu 10, 20, 30 und 60 Pf. bei Herrn Koschick, Kottbuser Damm 12.

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranienstraße Nr. 178, II. Albalberstraße 91, Ecke Cranienstraße.

Mehl
bester 000 & 001, 15 Pf., Auszug 10 Pf. Wiener Mehl 22 Pf. Fein 17 Pf. In neue Größen 2 Pf. 55 Pf. Schäl-Größen 15 Pf. Ufen 10 Pf. Bohnen 10 Pf. Hirse 15 Pf. Daserfoden 18 Pf. Backob, gemischt 25 Pf. Watzgerste 15 Pf. Gerst 15 Pf. Graupen 15 Pf. Boragel gebrannten Kaffee von 80 Pf. an. Kaffee von 60 Pf. an. Juder 2 Pf. 45 Pf. empfiehlt 40000

E. Hoffmann,
Invalidenstr. 155, a. b. Aderstr. (Telef. III, 5060) u. Koppenstr. 95.
Verband von 3 Mk. an frei Haus.

Große Betten 12 M.
(Coblen. Eisenst. West. Aßen) mit geringsten neuen Federn bei Gustav Kallig, Berlin S., Wilmersstr. 46. Preisliche Kataloge. Briefe Anerkanntschreiben.

Sophastoffe
aus Resten
in Ribb, Damast, Crèpe, Phantase, Gobelin und Wusch (so billig!) 40250
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.

Betten
Stand 10., 15., 20., 25. — bis 80., Federn 0,60 1., 1.50 bis 8. — Bettmöbeln, Stieppeden spottb. Bettentand Reanderstr. 8.
Winterpaletots
Anzüge, Hemont, Wägen, spottbillig Reanderstr. 6, Pfandleibe.
Betten
Seybeden, Regulatoren, spottb. Reanderstr. 6, Pfandl.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers und der Revisoren. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten. 246/47
Nur Mitgliederbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Freitag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen, oberen Saale des Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redakteurs Paul Heldemann: „Das Erbe des scheidenden Jahrhunderts.“
Grund-Ideen einer kommenden Moral.
2. Diskussion.
Eingeladen sind alle vorwärtsstrebenden Geister, besonders aber alle Unzufriedenen, welche an Stelle der heutigen spießbürgerlichen eine neue, erlösende Moral erkennen.
Die Redeschule Zukunft ist bestrebt, durch ihre öffentlichen Abende unterbrachten und fassbareren Ideen Boden zu verschaffen.
2825b Der Einberufer: Richard Fischer, Vorkingstr. 17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutschstr. 20/21: [76/18]
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zur Beachtung! Die noch ausstehenden Statistik-Fragebogen müssen spätestens bis Sonnabend, den 22. März, auf dem Arbeitsnachweis abgeliefert werden.

Fachverein
der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonntags, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Oranien-Hallen“, Oranienstr. 51:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: „Die neue Fünfundsechzigung.“ 2. Diskussion. 3. Was lehrte und die letzte öffentliche Versammlung? — Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht.
141/3 Der Vorstand.

Tischler-Verein.
Sonntags, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Jöhl über: „Aus der Steinzeit“. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zum Roden-Ball. — Damen haben Zutritt. [108/4] Der Vorstand.

Central-Frankenkasse d. Maurer etc.
Grundstein zur Einigkeit (Verwaltungsstelle Berlin).
Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Öffentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassens- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1897. 2. Wahl des 1. Kassiers, 2. Bevollmächtigten, 2. Schriftführers und zweier Revisoren. 3. Verschiedenes. 149/1
Bureau: Stralauerstr. 12. Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Die Verwaltung. H. K.: W. Garbe.

Zimmerer.
Am Sonntag, den 23. Januar 1898, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
General-Versammlung
des Zentral-Verbandes der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstellen Berlin und der Provinz Charlottenburg, Niddorf, Pantow, Friedrichsberg und Lichterfelde).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal 1897. 2. Das Resultat der Einigungsverhandlungen und wie stellen wir uns dazu? 3. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. 284/2
Der Vorstand.
J. K.: H. Knöpfel, Kolonnenstraße 62.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Sonntag, den 23. Januar, mittags 12 Uhr, im Saale des Herrn Wernau, Schwedterstraße Nr. 23:
Öffentliche Versammlung
der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter des Nordens (Wedding, Gellendruppen, Rosenhäger Vorkast).
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele der Gewerkschafts-Organisation. 2. Diskussion. 3. Gründung einer Zählstelle im Norden. 4. Verschiedenes. — Um rege Beteiligung ersucht. [30/3] Der Vertrauensmann.

Schäftebranche. Verein deutscher Schuhmacher, Filiale V.
Sonntags, 22. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, Rosenhägerstr. 57:
Versammlung. Vorstandswahl. 169/5

Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen.
Sonntags, den 23. Januar:
Grosser Masken-Ball
in den
Gesamtsälen des „Grand-Hôtel Alexanderplatz“
— (R. Quark), Eingang vom Alexander-Platz.
Um 12 Uhr: Demaskierung. Um 1 Uhr: Kaffeepause.
Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.
Billets à 50 Pf. sind im Arbeitsnachweis Jüdenstr. 35/36 zu haben.
2825b Der Vorstand.

Central-Festsäle (vormals Alte Jakobstr. 32).
Säle mit Bühne, 50-800 Personen fassend. Vereine und Versammlungen erhalten noch von Garderobe, Kaffeetisch, Wabatt. Franz Müller.
Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenhägerstr. 13)
Liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen (von 100 Mk. an). Coullante Zahlungsbedingungen, Lager gebrauchter und verlässiger gewesener Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt. 34678* Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb.